

# Sozialdemokratisches Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung

**Preußenwahl von 8 bis 5 Uhr**  
Nicht bis 6 Uhr, wie bei der Präsidentschaftswahl. Beachtet den früheren Schluß, damit keine Stimme verlorengeht!

Halle und den Bezirk Merseburg

Das „Volksblatt“ erscheint mit täglichen Beilagen. Es ist Substitutionsorgan, gewerkschaftlichen Organisations- und amtlicher Organisationsorgan. Redaktions- und Geschäftsstelle: St. Marktplatz 4, Halle (Saale). Telefon: 2467, 2605. Beilagen: 13 bis 14 Uhr. — Unentgeltlich eingesandte Manuskripte in Halle das

Bezugspreis monatlich 1,80 und 0,30 RM. Subskriptionsgebühren, insgesamt 2,10 RM., für Arbeiter wöchentlich 0,40 RM., Beilagenpreis 2,10 RM., durch Postboten ausbezahlt 2,20 RM., bei direkter Überweisung an den Verlag 2,40 RM. — Einzelhefte 10 Pf. im Einzel- und 50 Pf. im Mehrzahlteil der Zeitungen. Druck- und Verlagsanstalt: St. Marktplatz 4, Halle (Saale). Fernruf 2467, 2605. Beilagen-Postamt 2910 Erfurt.

## Severing ruft zur Wahl „Es geht um Freiheit und Brot!“

Der preussische Innenminister Severing erläßt die folgende Wahlauzweigung:

Zum dritten Male in wenigen Wochen wird die Bevölkerung Preußens zur Abstimmung gerufen, um mit ihrer Stimme ihren Willen nach Formung des öffentlichen Lebens kund zu tun. Jeder — ob Mann oder Frau — trifft mit seinem Wahlzettel eine bedeutungsvolle Entscheidung, die weit in die Zukunft hineinwirkt. Das Stimrecht, das der Volkstaat allen Staatsbürgern verliehen hat, ist nicht nur ein hohes Recht, sondern eine ebenso vornehme Ehrenpflicht, die geübt werden muß in allen Bewußtsein der Verantwortung, die jeder einzelne durch die Stimmabgabe für eine politische bestimmte Richtung übernimmt.

Wahlzettel sind Meilensteine im Leben eines Volkes, auch in normalen Zeiten. Wieviel mehr aber bedeuten sie in einer Zeit staatlichen Verfalls, in einer Zeit, da Not und Elend auf Millionen lasten. Nur aus den heutigen Zuständen der Sorgen und Nöte ist es zu erklären, daß Abenteurer und falsche Droppeten auch Massen des Volkes an ihre Fahnen zu ziehen vermögen. Aber trotz aller Hitze, trotz Elend und Verleumdung hat bei der Reichspräsidentenwahl die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes gezeigt, daß die Stimme der Vernunft und der politischen Einsicht stärker war, als das Blendwerk der Volkverführung und Demagogie.

Am 24. April soll ihr, Volksgenossen, darüber entschieden, ob der im November 1918 entstandene Volksstaat Preußen, der seine Privatarmeen daheim, der Verfassung und Gesetz von keiner Seite anfallen läßt, auch in Zukunft ein Staat sein soll, in dem Demokratie und Republik nicht Worte ohne Inhalt sind. Wollt ihr, daß die umwälzlichen Pläne der Nationalsozialisten, die bisher an der Disziplin der Massen gehindert sind, durch die Ergebnisse des 24. April zur Wirklichkeit werden? Bei der Reichspräsidentenwahl ist der erste Aktus der Revolution abgeschlossen, aber die Gefahr ist noch nicht beseitigt. Gegen Preußen geht der Angriff, um die Grundlagen zu

beseitigen für die Gleichberechtigung aller Staatsbürger, um die Regierung zu stärken, deren Zusammenziehung die Gewähr für Ordnung und Sicherheit und damit für den Bestand der Sozialgesetzgebung, des Tarif- und Koalitionsrechts und der Organisationsfreiheit gibt.

Täuschen wir uns nicht: die Reaktion der Hursburger Front haben die Hoffnung, die allen Vorzeichen des Scheiterns — dem Fallendünkel der Preußen wieder errichten zu können. Sie vertrauen dabei auf die Kommunisten, die ihnen bei ihrem Vorhaben wie schon so oft, bewußt und unbewußt die Steigbügel halten werden.

Volksgenossen! Mit Recht gilt das Preußen von heute als die stärkste Bastion der Republik. Wer Preußen hat, hat auch das Reich! Dieser politische Satz der Vorkriegszeit hat zum guten Teil auch heute noch seine Berechtigung. Deshalb gilt es, mit aller Kraft sich jetzt in den Kampf gegen die Radikalen von rechts und links zu stellen! Deshalb gilt es, die Herzen mit Begeisterung zu erfüllen, um die großen Ziele zu erreichen, denen der Kampf gilt! Ein Anfang ist gemacht! Die feste Anwartschaft der beiden Massen des arbeitenden Volkes hat sich nicht nur zur Verteidigung, sondern auch zum Angriff zusammenschließen. Vorwärts in diesem Kampf! Es geht um Freiheit und Brot, es geht um die hehrsten Ideale, für die die Besten unseres Volkes aus früheren Generationen freudig Opfer um Opfer gebracht haben. Die Entscheidung des 24. April, Volksgenossen, muß fallen für das demokratische Preußen, für die Republik, damit der Weg frei wird für die Befreiung der Welt, für die Befreiung unter den Völkern Europas. Wir wollen keine Politik der Schamlosen, keine Politik von Maulreden und Besserwissern! — Darum scheidet durch eure Stimmabgabe die errungenen demokratischen und sozialen Rechte, damit es in harter, harte Arbeit vorwärts geht, hinauf in eine hellere und bessere Zukunft!

### Otto Braun im Rundfunk

Amlich wird mitgeteilt: Ausgehend von dem Standpunkt, daß im Volksstaat die Staatsbürger vor der Wahl Anspruch darauf haben, einen Rechenschaftsbericht der amtierenden Regierung zu erhalten, wird, wie der Amlich Preussische Pressenrat, Ministerpräsident Dr. Braun am Sonnabend, dem 23. April, 7.30 Uhr, über sämtliche preussische Sender über die Arbeit der preussischen Staatsregierung in den Jahren 1928 bis Anfang 1932, also bis zum Schluß der Legislaturperiode des jetzigen Landtags, sprechen.

### Erster Abrüstungsbeschluß

Entschließung der Generalkommission der Genfer Konferenz

Genf, 19. April. (Eigenbericht.) Die erste Abstimmung der Abrüstungskonferenz brachte in der Generalkommission die Entscheidung, daß die Herabsetzung der Rüstungen soll einmal, sondern in Etappen erfolgen soll und zwar nach einer ersten entscheidenden Verminderung. Die Generalkommission nahm einstimmig folgende Entschließung an: „Auf Grund des Ergebnisses der Aussprache in der Abrüstungskonferenz ist die Generalkommission der Meinung, daß die Herabsetzung der Rüstungen, so wie sie im Artikel 8 des Völkerbundespaktes vorgesehen ist, progressiv durch Resolutionen verwirklicht werden muß, die in annehmbaren Zeitabständen aufeinanderfolgen sollen, nachdem die generelle Konferenz den ersten entscheidenden Schritt der allgemeinen Herabsetzung auf das niedrigste mögliche Maß getan haben wird.“

Einen Augenblick lang schen auch dieser Beschluß gefährdet, als Titulescu-Rumänien, unterstützt von den Vertretern Periens und Jugoslawiens, ihn im Sinne der Beirätigkeit mit der nationalen

Sicherheit und den Verpflichtungen für ein internationales gemeinsames Vorgehen auslegen wollte. Sofort erklärte Titinescu, daß er nach dieser Interpretation weder Form noch Inhalt der Entschließung annehmen könne. Titinescu forderte ihn gerezigt auf, seine Konsequenzen zu ziehen, wenn er sich den Bestimmungen des Völkerbundespaktes nicht anschließen wolle. Sondern so schließliche jede Interpretation beiseite und ließ über den Text abstimmen, mit dem Erfolg, daß unter fürnürlicher Heiterkeit von Titinescu alle dafür waren.

Das Redaktionskomitee der Generalkommission der Abrüstungskonferenz hat am Dienstag auch die zweite Entschließung zur Festsetzung des Prinzips der Rüstungsherabsetzung einstimmig gefaßt. Damit ist ihre Annahme in der Generalkommission am Mittwochvormittag gesichert.

In einer besonderen Erklärung betonte Titinescu, daß sich Rumland durch seine Mitarbeit in keiner Weise an den Völkerbundespaht gebunden hätte.

Eine der an Herrn Hitler gestellten Fragen lautete: „Glauben Sie, daß die deutsche Regierung bei dem Verbot der St. ausländischen Druck nachgeben hat?“

Hierauf antwortete Herr Hitler: „Ja. Nach meiner Überzeugung ist das der Fall gewesen. Schon vor einem Jahr ersuchte die französische Regierung Dr. Brüning um die Auflösung der St. Dr. Brüning sagte zu. Er konnte aber erst jetzt sein Verprechen erfüllen.“

Darauf warf Herr Selson Delmar die Frage ein: „Haben Sie für diese Behauptung Beweise, Herr Hitler?“ Herr Hitler antwortete: „Nein, ich habe keine Beweise dafür.“

Diese Feststellung der drei Journalisten ist gerade zu verniedlichend für Hitler, der durch seinen Rechtsbeistand der Öffentlichkeit mitteilen ließ, die Behauptung, er habe das Verbot der St. auf französische Druck zurückgeführt, sei eine „Lübe Nachrede“, zu deren Aufklärung er ein Disziplinaraufreihen gegen sich und Klage gegen die Berichterleiter anstrengen werde.

### Die wirklichen Verräter

Bestochene Kommunisten

Das schwedische kommunistische Organ „Arbets Dagbladet“ kann dem zwar hiesige bezugs erhalten. Es hat 135.000 schwedische Kronen erhalten. 200.000 schwedische Kronen hatte Kreuzer für diesen Zweck bereitgestellt. Einer der Direktoren Kreuzers hat die Tatsachen vor der Polizei zugestanden. Er hat angegeben, daß es sich um eine Bestechungssumme gehandelt, daß man niemals mit einer Rückzahlung gerechnet hat.

Das kommunistische Parteiorgan Schwedens ist also vom größten Kapitalisten des Landes, der zugleich ein Betrüger und Fälscher war, gekauft worden! Heute noch erzählt die deutsche kommunistische Presse, Juar Kreuzer sei einer der schlimmsten Feinde Sowjetruhlands gewesen, dessen einzige Schuld darin bestanden habe, einen Interventionist gegen Sowjetland zu entfesseln. Von dem Mann, dessen Bild von den Kommunisten nach seinem Tode so geehrt wird, hat ein kommunistisches Hauptorgan Bestechungsgelder genommen!

Es ist annehmend, daß dieser gerissenste und falschste aus der kapitalistischen Schieberwelt sich vollständig im Klaren war über die Rolle, die die Kommunisten heute zu spielen! Vielleicht hat Kreuzer gedacht wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, als sie über die Kommunisten schrieb:

„Was die Kommunisten heute betrifft, so haben sie in bestimmten Grenzen für das Staatsopulidäre Leben eine nützliche Funktion. Die Kommunisten müssen verhindern, daß die Sozialdemokratie übermächtig wird, sie sind für den kapitalistischen Staat so lange ein wertvolles Werkzeug, als sie als Pfeil im Pfeilsack der Sozialdemokratie wirken.“

Darum sollte Kreuzer ein so wertvolles Werkzeug für den kapitalistischen Staat nicht mit 200.000 Schwedenkronen lohnen?

Diese Schande nimmt den Kommunisten niemand wieder ab! Man muß es jedem Arbeiter, der zu den Kommunisten hält oder schwört, erzählen! Man muß diesen Pfeil der Korruption, diesen schändlichsten Verrat aufzeigen. Hier ist wirklich Verrat an den Interessen der Arbeiterschaft, Verrat am Sozialismus gefahren. Sie sind Verräter, die das Geld eines Großkapitalisten genommen haben, die sich haben kaufen lassen und diese Verräter sind Kommunisten!

Die Empörung darüber darf nicht auf Schweden beschränkt bleiben! Sie muß auch die deutschen Arbeiter ergreifen, damit rats, der kommunistischen Partei Deutschlands!

### 400 Menschen obdachlos!

Durch Großfeuer wurde ein Teil der mittelamerikanischen Stadt Welke (Sancti Spiritus der britischen Kolonie Guadalupe) zerstört. 400 Einwohner wurden obdachlos!

### Was Hitler leugnen will

Drei ausländische Journalisten gegen den „Führer“

Die drei ausländischen Berichtsersteller Kniderboder, A. Mourer und Selson Delmar übergeben der Öffentlichkeit folgende Erklärung:

Am 14. d. M. empfing Herr Adolf Hitler drei der untergezeichneten Journalisten (S. Kniderboder, Edgar A. Mourer und Selson Delmar) um 2 Uhr nachmittags im Hotel „Asterhof“ zu einer Unterredung über das Verbot der St. und St. Eine Fragebogen mit fünf Fragen wurde von uns ausgestellt und durch Herrn Dr. Hanftaengl, dem Auslandspressesef der NSDAP, Herrn Adolf Hitler vorgelegt.

Herr Hitler erklärte sich bereit, uns gegenüber die Fragen zu beantworten. Dr. Hanftaengl war während der ganzen Dauer der Unterredung zugegen.

# Kampf um die „Ise“-Kohle

## Willkürliche Autokratie des Finanzmannes

Der Dienstag brachte einen Großkampf für den deutschen Kohlenbergbau, wenn man will, für die gesamte öffentliche Wirtschaft. Es handelt sich um die Angelegenheit des Ise-Braunkohlensyndikats, der im ostfälischen Braunkohlengrundgebiet maßgebend und größten Einfluß auf das ostfälische Kohlenprodukt ausübt. Das Reich hat durch die Ise, die reichsweiten Industrievereinbarungen zusammenfaßt, ein Viertel des Aktienkapitals der Ise erworben. Das Reich hat natürlich ein Interesse daran, in den Ausschüssen der Ise hinsichtlich der Ise-Braunkohle zu wirken. Die entsprechenden Bemühungen der Ise sind aber verwehrt. Die entsprechenden Bemühungen der Ise sind aber verwehrt. Die entsprechenden Bemühungen der Ise sind aber verwehrt.

Der Gegner der Ise ist der Generaldirektor Friedrich Reinhardt, der die Ise als Kommissar und Berater, der ohne die Reichsgelder, mit denen seine Bank vor einigen Wochen saniert wurde, heute wohl zu den Privatiers in Deutschland zählen würde. Die Beziehungen Reinhardts, der auch in der Kagenellenbogen-Affäre eine mehr als jämmerliche Rolle gespielt hat, zu dem aus der Ise-Verwaltung stammenden Kohlenmagnaten Beiselt sind bekannt.

Auf der Generalversammlung der Ise am Dienstag entwickelten sich die Dinge nun so, daß der Vertreter des Reiches und der Ise, Rechtsanwalt Beiselt, den Antrag stellte, daß die oben erwähnten 12 Millionen Reich-Mark-Aktien nicht mitstimmen dürfen, da das ungesetzlich sei. Generaldirektor Reinhardt lehnte, eben mit Hilfe der 12 Millionen Reich-Mark-Aktien, über diesen Antrag nicht einmal abstimmen. Dagegen wurde von dem Ise-Vertreter ein Protest als Protokoll gegeben, und es wird nunmehr zu einem Prozeß kommen, den das Reich und die Ise ohne Zweifel gewinnen werden. Senfaktion erregte in der Generalversammlung der Ise die Darlegung des bekannten Aktienhändlers Pinner, ein Mann, der sich ein Menschenleben lang mit Aktienbörsen beschäftigt hat, erklärte, daß das Vorgehen Reinhardts ungesetzlich und willkürliche Autokratie sei.

Man fragt, weshalb die Schärfe in diesem Kampf um die Ise? Das Reich ist ohne Zweifel im Recht. Beiselt erkennt die Ise-Beremung dieses Reiches nicht an? Friedrich Reinhardt und Kommerzienrat Beiselt, man müßte die Privatwirtschaft gegen das Eindringen der öffentlichen Hand schützen. Hier wird ein Schlagwort ausgegriffen, um persönliche Interessen zu verteidigen. Es handelt sich bei diesem Kampf nicht um die öffentliche Hand. Es handelt sich um die Millionen, die der ostfälische Kohlenmagnat Beiselt mit Hilfe der gegenwärtigen Verfallung des ostfälischen Braunkohlensyndikats einstreicht. Die gegenwärtige Verfallung des ostfälischen Braunkohlensyndikats ist so, daß Beiselt jährlich Millionen in den Schoß fallen, ohne daß er dafür etwas tut — zum Schaden der Verbraucher und des Handels.

Man wird Beiselt, Reinhardt und die Herren in ostfälischen Braunkohlensyndikat befehlen, daß die Bewirtschaftung der Kohle nicht dazu da ist, um ausländischen Grundbesitzern Millionenprofite zu verschaffen. Die Dinge sind in den letzten Tagen so weit gekommen, daß der Reich Ise mehr die Angelegenheit des Ise als ein Prozeß aufstrebenden Prozeßes ist, sondern eine Angelegenheit der öffentlichen Meinung.

# Heißtische Entscheidungen

## Keine Landtagsauflösung / Kein Antrag für Aufhebung des C.M. Verbotes

Darmstadt, 19. April. (Eigenbericht.)

Der Heißtische Landtag lehnte am Dienstag gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten die Anträge auf Auflösung des Reichs-Parlaments ab. Der nationalsozialistische Antrag, auf die Reichsregierung durch die Heißtische Regierung dahin wirken zu lassen, daß das Verbot der SA und SS aufgehoben oder das Reichsbanner ebenfalls verboten wird, wurde abgelehnt. Die Kommunisten stimmten ebenfalls gegen diesen Antrag.

Der Abstimmung ging eine fünfstündige hitzerheißige Debatte voraus, in der Innenminister Weizsäcker zahlreiche Dokumente der Weizsäcker-Affäre vorlegte, die die Hausuntersuchungen in Hessen gefunden worden sind. Die Dokumente erklärten, daß und wie die militärischen Formationen der nationalsozialistischen Bewegung als Sport-, Regel-, Stafflubs usw. getarnt auch nach dem Verbot weiter bestehen sollten.

# Lebus gegen Goethe-Feiern

## Auf den Spuren von Kathilde Ludendorff

In der „Lebuser Zeitung“ liest man lange nach den Goethe-Feiern: „Goethe-Feiern in Lebus unermesslich. Da Goethe Bruder Freimaurer und Aluminatenordensbruder, also revolutionär, liegt für Lebus seine Veranlassung zur Vergötterung vor. Nebenbei will lieber Schamhaft des deutschen Dichters Schiller, der von seinen überlästlichen Schülern bei Nacht in ein Wallengrab verbannt wurde, ohne daß die Witwe erfuhr, wo die Gebeine des Dichters ruhten.“ Da sieht man die Spuren von Kathilde Ludendorff in Lebus. Lebus ist alles in Deutschland vorgefallen. Nur schade, daß Ludendorff in Lebus nicht für die Reichspartei kandidiert hat. Dort hätte er sicher eine Stimme erhalten.

# Razi und Kozi-Niederlage in Fellach

Stuttgart, 19. April. (Eigenbericht.)

In der Stuttgarter Vorortgemeinde Fellach, wo der Bürgermeister neu gewählt wurde, erlitten Razi und Kozi einen schweren Reinfall. Der von den Nazis vorgeschlagene Stuttgarter Rechtsanwalt Gildt erhielt nur 1220 Stimmen, während bei der Reichspräsidentenwahl im ersten Wahlgang auf Hitler 2348 Stimmen entfielen waren. Der kommunistische Kandidat erhielt fast und schreie 128 gegen 994 Stimmen, die Wahlmann am 10. April aufgebracht hat. Gewählt wurde der von der Sozialdemokratie unterstützte Kandidat Dr. Geiser mit 4586, also mit 77 Prozent aller Stimmen.

# Kritik an der sächsischen Polizei

Dresden, 19. April. (Eigenbericht.)

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Sächsischen Landtag eine Anzahl Anträge gestellt, in denen die Regierung aufgefordert wird, für einen besseren Schutz der friedliebenden Bevölkerung durch die Polizei zu sorgen und gegen die Beamten, die ihre Pflicht nicht tun, vorzugehen.

# Sowjetstern, Hakenkreuz und Stahlhelm / In die Kommunisten

„Wir haben gegen die Zusammenwürfen mit den Kommunisten nichts einzuwenden, wenn die Kommunisten sich für die Richtigkeit und Vernünftigkeit ihrer Politik nach der Ermordung Walter Rathenau haben Sozialdemokratie, freie Gewerkschaften und Kommunisten gemeinsam eine Entschloßung vor die Öffentlichkeit gebracht, die ein Gesetz zum Schutz der Republik mit sofortigem Verbot und strenger Bestrafung jeder monarchistischen und jeder antirepublikanischen Agitation in Wort, Schrift und Bild forderte; ebenso Verhaftung aller derartigen Personen, die gegen die Gesetz zum Schutz der Republik verstoßen. Unterzeichnet haben das der damalige Fraktionsvorsitzende der Kommunisten Ernst Meyer und Käthe Scheller. Wenn die Kommunisten wieder so vernünftig wären wie damals, dann ist sofort die Einheitsfront der Arbeiter hergestellt. Solange sie aber wie am 9. August 1931 in dem mit Stahlhelm und Nazi zum Volksentscheid gegen Braun und Serrurier gehen, solange herrscht zwischen uns Krieg.“

Abg. Hellmann im Preussischen Landtag am 17. März 1932.

Weiterfagen!!!



# WÄHLT BRAUN-SEVERING

# SPD. bauernfeindlich?

Im Agrarprogramm der Sozialdemokratie heißt es: „Planmäßige Bodenreform, Befreiung der Abhängigkeit vom Großgrundbesitz, Schutz für die klein- und mittelbäuerlichen Betriebe, Befreiung der Zehntkommisse, Förderung der Siedlung.“

Demgemäß hat sich die Sozialdemokratie im Preussischen Landtag durchgesetzt, trotzdem sie dort gegenüber den anderen Parteien nur eine Minderheit darstellt. Bis spätestens 1. Juli 1933 sind sämtliche Zehntkommisse aufzuheben und rund 2 Millionen Hektar Land für Kleinbauern freizugeben. So haben z. B. in Westfalen 70 000 Dächter auf 100 Zehntkommisse gestiegen. Diese 70 000 werden jetzt selbständige Bauern. Von 1919 bis 1931 sind 42 842 Siedler auf 480 000 Hektar Land eingesetzt worden. 1931 entstanden in Preußen in jeder Woche 5 neue Bauern-Siedlungsdörfer. Durch Anliegerentwässerungen wurden 138 000 Kleingüter um 150 000 Hektar vergrößert. Für diese Reformen hat der Staat 600 Millionen Goldmark ausgegeben. Für die Einrichtungsgegenstände der Siedlungen gibt Preußen Kredite bis zu 4000 Mark, die zwei Jahre lang zinslos und dann mit 2½ Proz. verzinst und zugleich gelöst werden.

Zur Bekämpfung der Tierseuchen wurden 1913 1,5 Millionen ausgegeben, 1930 5,8 Millionen. Für die Landwirtschaft (Ministerkredite, Organisation des Viehbeschlages, Betriebsamtlung, Produktionsförderung, Ölpfropfenhilfe, Wohnungsbau, Wasserführung, Bodenverbesserung, Umweltschäden, landwirtschaftliche Schulen, Meliorationen, Wegebau usw.) hat die Landwirtschaft von 1924 bis 1929 1,5 Milliarden Mark vom Reich und rund 700 Millionen Mark vom preussischen Staat erhalten. Vom mitteleuropäischen Preußen wurden diese Gelder in der Hauptsache für die Kältern verwendet. „Preußen muß wieder preussisch werden!“ rufen heute die Nationalsozialisten. Denkt daran, was das bedeutet!

Weiterfagen!!!

# Otto Braun in Frankfurt a. M.

Er spricht vor mehr als 20 000 Menschen

Frankfurt a. M., 19. April. (Eigenbericht.)

Im überfüllten Frankfurter Festhalle sprach vor mehr als 20 000 Menschen der preussische Ministerpräsident Otto Braun. Er wandte sich gegen den Schmährartikel des Senatspräsidenten Hellmann am Oberlandesgericht Frankfurt gegen den großen Reichspräsidenten. Er habe es nicht nötig, den Reichspräsidenten vor Beschimpfungen zu schützen, aber er müsse doch fragen: „Was wäre einem Richter passiert, der gegen den Völkerring Kaiser Wilhelm ähnliche Beschimpfungen ausgesprochen hätte. Vielleicht ist die republikanische Verfassung in der Bewahrung von Freiheit etwas zu weit gegangen, als sie den Richtern Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit garantiert.“ (Großer Beifall.)

Zu den Sperrmaßnahmen führte Otto Braun aus: „Es ist besonders schmerzhaft für mich, daß ich seit 40 Jahren für die kulturellen Fortschritte gekämpft habe, daß ich gezwungen werde, an einigen Stellen abzugeben. Aber ich bleibe an meinem Posten, damit nicht eine Hand breit mehr zurückgegangen wird, es ist die äußerste finanzielle Notwendigkeit erforderlich.“

Im Anschluß an die Rede Otto Brauns, dem mit nicht endenwollenden Beifall gebahrt wurde, sprachen die beiden hessenschauischen Landtagsabgeordneten Professor Kölling, Frankfurt und Bezirksleiter Köhler, Frankfurt.

# SPD. fordert Reichsbannerverbot

## Ein Antrag im badischen Landtag

Karlsruhe, 19. April. (Eigenbericht.)

Die kommunistische Fraktion des badischen Landtags hat folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen: Die Regierung wird beauftragt, die parteipolitischen Selbstschutzorganisationen wie Reichsbanner (einschließlich Unterorganisationen), Eiserner Front, Baden-Wacht, Stahlhelm, Werwolf usw., im Bereich des Landes Baden sofort zu verbieten, da deren Tätigkeit der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung dient und dadurch gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung verstoßen.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands erklärt seinen Aufruf mit der feierlichen Anrede: Sozialdemokratische Arbeiter! Gemerkschafter! Reichsbannerkameraden! Rassen-genossen!

Das ZR. der SPD. hat also die Freiheit, sich an Sozialdemokraten, Gemerkschafter und Reichsbannerkameraden just in demselben Augenblick zu wenden, in dem seine badische Landtagsfraktion das polizeiliche Verbot des Reichsbanners und der Eisernen Front beantragt!

# Ein Jahr Gefängnis für Wader

## Untersuchungshaft wird nicht vollstreckt

Unter außerordentlicher Beteiligung intersektierender Anwälte — auch Geheimrat Juffi und Dr. Thormelen waren erschienen — ordnete Landgerichtsdirektor Neumann gestern morgen das Urteil gegen den Angeklagten Kaufmann Otto Wader. Er wurde wegen fortgesetzten Betruges in Tateinheit mit schwerer Unterschlagung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Von der Anklage des Plandiebstahs wurde er freigesprochen. Wegen dringenden Justizbedarfs wurde gegen ihn die Untersuchungshaft verhängt, die jedoch unvollstreckt bleibt, solange sich Wader zweimal wöchentlich im zuständigen Polizeirevier meldet.

Der Urteilsbegründung stellte der Vorsitzende unter anderem fest, daß auf Grund der einstimmigen Sachverständigenurteile und der eigenen Anschauung des Gerichts an der Unschuld von dem Waderischen von Wogah gar kein Zweifel sein könne. Die Sachverständigen Rohrbogen und die Zeugen schreiben aus. Sie haben keinerlei Schrift über gefälschte Bilder Erbschaftsaktien erhalten. Die holländischen Sachverständigen Bremmer und Ederman waren unter allen Umständen sachkundig und objektiv. Ihre Versicherung für von Wogah ist aber beratt, daß ihnen in diesem Falle Vermittler unterliegen konnten. Das Gericht hat sich dem Waderischen der Sachverständigen Juffi, Dr. Thormelen und Rühmann angeschlossen. Es ist auch auf Grund der demselben und räumlich-zeitlichen Untersuchung der Ansicht, daß auch sieben weitere Bilder gefälscht sind.

# Mellefienrat am Dienstag

Der Mellefienrat des Reichstages ist zu einer Sitzung auf Dienstag, den 26. April, nachmittags 5 Uhr einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht die Festlegung des Termins der nächsten Reichstags-sitzung.

# 17 Bergwerksopfer

Bei einem Feuer in einem Glimmerbergwerk in der nordwestlichen Provinz Hazaribagh kamen 17 Bergleute ums Leben.

# Munitionsdepot explodiert

In einem Depot von Tokio lag ein Munitionsdepot in die Luft. 50 Heitere, leicht gebaute Häuser wurden durch den Luftdruck zerstört. Mehrere Personen erlitten schwere Verletzungen.

# Kreuger, der größte aller Betrüger

## Es ist etwas kaputt gegangen!

Der Betrüger hat einen Rekord aufgestellt: er ist der größte Betrüger und Räuber, den der Kapitalismus bisher hervorgebracht hat. Wohl, bloßwichtig, ein echter germanischer Typ — nur hätte das Gedacht? Er stammt nicht aus Ostpreußen, sein Stammbaum ist nicht angezeigelt — und trotzdem Schieber er groß! Wo bleibt das Gewicht der antijewischen Presse über diesen Finanzjunker, einen der größten, die die „Jüdischkeit“ antizipieren?

Mit seiner Enttarnung und seinem Tode waukt etwas mehr als die plumpe Quatation des Rechtsradikalismus gegen den „Judenkapitalismus“ und die „jüdische Finanzmacht“. Es waukt die moralische Basis des kapitalistischen Systems überhaupt, und

die ethische Beurteilung des Kapitalismus erhält härtesten Antriebs! Wie reagiert die ausgesprochen kapitalistische Presse auf die Enttarnung Kreugers, nachdem die erste Sensation darüber ist? Sie antwortet mit einer beifälligen und wütenden Verteidigung des Kapitalismus: der Kapitalismus als System ist gut — nur die Kapitalisten sind schlecht! Er kann man es bei gewissein in der „Frankfurter Zeitung“ lesen. Wenn aber die Kapitalisten schlecht sind, wie kann dann der Kapitalismus gut sein? Warum aber diese wütende, aufwühlende Verteidigung, die Gefährlichkeit, was ist hier kaputtgegangen? Nichts anderes als das gute Gemissen der Verteidiger des Kapitalismus! Nachdem die Saule Vorn Kreuger gebrochen ist, mannt los Weltbild der Anhänger des Kapitalismus und sie müssen sich selber Mut zusprechen!



### Kämpfer heran

für den dritten Schlag!

Am Freitag, dem 22. April, 20 Uhr, veranstaltet die hallische Sozialdemokratie im „Volkspark“ ihre letzte Wählerberaumung vor den Reichstagswahlen. Regierungspräsident v. Harnad wird zum Thema

#### Preußen bleibt Volksstaat

Sprechen und Landtagsabgeordneter Müller (Kasse) wird den hallischen Kommunisten

#### Sechs Antworten auf sechs Lügen

erteilen, die sie an den Aufschlagfäden gegen die SPD. verbreiten. Die ganze republikanische Bevölkerung Halle ist zu dieser letzten wichtigen Beräumung vor der Entscheidung eingeladen, um das Befehnisnis abzugeben.

#### Preußen muß unter bleiben!

### Arbeitslosigkeit in Halle wieder gestiegen

Die 1. April wirkte sich aus.

Nach einer vorübergehenden Entlastung ist auf dem hallischen Arbeitsmarkt in der ersten Aprilhälfte wieder eine Verschlechterung eingetreten. Die Zahl der Arbeitslosen im März lag um rund 350 auf 26.388. In diesem Umfang waren in der Hauptstadt die übliche Arbeitskräfte betätigt. Im gesamten Arbeitsmarkt zeigt Halle nur eine Steigerung der Arbeitslosigkeit um 170 auf 18.716 festzustellen. In den unterhalbigen Bezirken ist also insgesamt eine kleine Entlastung des Arbeitsmarktes eingetreten.

Von den Gewerbetreibenden das Baugewerbe und die Landwirtschaft eine Besserung zu verzeichnen. Etwas besser war auch die Lage im Abtransportgewerbe und im Selbstverbrauchsgebiet. Dagegen wurden Entlassungen hauptsächlich vorgekommen im Brauereibergbau, in der Metallindustrie, im Nahrungsmittelgewerbe und vor allem in den Kleinhandelsbetrieben, wo sich die Abminderungen zum 1. April bemerkbar machten.

#### 570 von 26.000

Lehrerlicher Mehrheit des „Erwerbslosentages“ der SPD. Für gestern hatte die SPD. wieder einen der „Reichs-erwerbslosentage“ angelegt, die früher oft genug Gelegenheit zu blühenden Zusammenkünften mit der Polizei gaben. Diesmal hat die Versammlung überhaupt kaum Kenntnis davon gehabt. Tatsächlich kam nur wieder eine kleine Gruppe für die Kommunisten dabei heraus, denn es waren nur genau 570 Mann; dabei sind die Schulkinder noch als nicht gezählt. Und das bei 26.000 Erwerbslosen in Halle! Von hundert markierten also nur ganze zwei mit der SPD.

Es nahm nicht weiter Wunder, daß die mitgeführten Exponenten sich sämtlich gegen die SPD. und die freien Gewerkschaften, nicht aber gegen die Nazis richteten. Da las man beißische Reden, „Segen das kleinere Uebel!“ Folgerichtig hätte der Tag fortgeführt werden müssen: Für das größere Uebel — also für Hitler!

### Weitstimmung vor der Schwacht

Die Deutschnationalen behaupten sich als Anhänger der Nazis.

Die Deutschnationalen müssen es sehr nötig haben: Gestern hielten sie im „Stadthaus“ ihre vierte Kreuzenwahl-Rundgebung ab. Sie wissen nur zu genau, daß sie bei dieser Wahl furchtbar zusammengefallen werden.

Was ist mit dieser Gemüths? Man macht aus der Not eine Tugend! Der Tenor der gestrigen Reden war deshalb, daß die Deutschnationalen, die den Konterparatismus auf ihre Fahnen geschrieben haben und die argsten Feinde jedes Sozialismus sind, ein weiteres Annähmen der Nationalsozialisten, als einer (angeblich) fortschrittlichen, ja „sozialistischen“ Partei, beizutreten. Was anderes hing aus diesen Reden als die Behauptung über eine Notwendigkeit vor der Schwacht und ein Ziel, bestehend in der Halle eines Anhängels der Nazis? Man weiß zu auch zu gut, daß es mit dem „Sozialismus“ und der „Vortrittsfähigkeit“ der Nazis nur ein Gerede ist. Deshalb kann man heute schon so fest auf eine parlamentarische Ehe mit ihnen rechnen. Den anmelenden Nazis, die sich hier noch an den „Sozialismus“ hängeln glauben, war dieses Überreden allerdings nicht genehm. Sie trösteten sich mit ein einziges Mal: Erfolg!

Was man im übrigen von den beiden Rednern — der Frau Hertwig und dem durch seine „kleinen Anfänge“ im Landtage bekanntgewordenen Ratsabgeordneten Stahlheim-Geher Frische — hörte, war sachlich immerhin genug, um damit gegen das neue Treiben vorzugehen. Man wußte schließlich auch auf die nächsten Schritte demagogisch, wenn man auf der einen Seite freigeigelt, so Paraphrasen verlangt und sich im gleichen Augenblick über die Sparmaßnahmen der jetzigen Regierung auftrifft. Interessant war das Eingeständnis, wenn die „nationale Opposition“ aus Anderhause, es nicht gleich besser würde. Man hat also jetzt schon Angst vor der Verarmung!

### Die Braunkohlen-Krise

Im Gebiete des braunkohligen Braunkohlenbergbaus betrug im März 1933 die Produktion 6.169.508 Tonnen, die Bruttoerzeugung 1.561.073 Tonnen und die Aufbereitung 4.504.700 Tonnen. Gegenüber dem Monat Februar zeigte sich demnach ein Rückgang von 2,6 Prozent bei Rohkohle und einer Steigerung von 1,3 Prozent bei Bruttokohle und 9 Prozent beim Rohkoks. Gegenüber dem Monat März des Vorjahres zeigte sich im Berichtsmonat ein Rückgang von 6,8 Prozent bei Rohkohle und 14,8 Prozent bei Rohkoks. Bei Bruttokohle zeigte sich eine Steigerung von 3 Prozent.

### SPD., Ortsverein Halle

In dieser Woche finden folgende Ortsbezirksversammlungen statt:

Donnerstag, den 21. April, abends 8 Uhr:

- 4. Ortsbezirk: Restaurant Max Kloppe, Sudenbergstraße.
- 5. Ortsbezirk: am „Amthausen Platz“, Kleine Brauhausstraße.
- 9. Ortsbezirk: Gördes Bierstuben, Jacobstraße.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Das Sekretariat.

### Appell eines Langemarck-Kämpfers an die akademische Jugend:

## Der deutschen Zwietsracht mitten ins Herz!

### Volizeipräsident Bärensprung über Demokratie und Nationalismus

Vor Studenten und Jugendlichen sprach gestern abend im dichtbesetzten Saal der „Kaserne“ der Magdeburger sozialdemokratische Volizeipräsident Dr. Bärensprung über das sehr zeitgemäße Thema „Demokratie und Nationalismus“.

Nach einer Einleitung durch den Reichsbanner-Zielmanns und Begrüßungsworten von stud. jur. Brundert zeichnete der Referent in prägnanten, auf geistig hohem Niveau stehenden Ausführungen ein klares Bild der sich scheinbar überbepredenden, in Wirklichkeit aber eng miteinander verbundenen Begriffe der Demokratie und des richtig verstandenen Nationalismus.

Die Demokratie, aus der Französischen Revolution hervorgegangen, hat erst die Voraussetzungen für das Entstehen der Nationen geschaffen. Vorher zerteilte die Fürsten nach ihrem Gutdünken die Länder und Völker. Nation hat mit Rasse nichts zu tun. Das beste Beispiel dafür liefert die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Aber selbst Italien besteht nicht aus einer Rasse, von Deutschland ganz zu schweigen. Auch in England stellt man verschiedene Rassen fest, und die englische Sprache ist bekanntlich der einzige Platz, auf dem sich das Deutsche und Französische vertragen.

Die Nation ist eine Kulturgemeinschaft, hervorgerufen durch jahrbunterlange Schicksalsgemeinschaft.

Mit der Demokratie erit wurde der Anspruch der Nationen geboren. Wie hätte sonst ein Ludwig XIV wegen Verbreitung „der höchst gefährlichen Lehre von der deutschen Nation“ verfolgt werden können? Mit Entschiedenheit rüde Dr. Bärensprung dem niederträchtigen Gerede von der Vaterlandsliebe der Sozialdemokratie zu Leibe. Er, der selbst ein Langemarck-Kämpfer ist, konnte sich mit vollem Recht auf August Bebel und Wilhelm Piebisch berufen, die trotz aller Gegnerschaft gegen das alte System immer für eine Verteidigung ihres Landes eingetreten sind. Ihren tapferen und mutigen Reden gegenüber nehmen sich die Schwägerlein Adolf Hitlers, wie oftmals Wilhelm II., aus wie die Phantomen eines Führers in glänzender Weise wurde vom Redner das „Frontsozialium“ der Nazis beleuchtet. Jener wirttembergische Hauptmann vor Thern hat recht, der einem judenfeindlichen Major gegenüber sagte:

## Der Geburtstag des „Führers“

### Oder: Das Flachrennen zu Halle

Auf der Rennbahn zu Halle, jener Einrichtung, für die auch aus der Rasse der „ausgehungen“ Preußen Subventionen gezahlt werden, also einer „ausgehungen“ Preußen, feiert heute ein besonderes Ereignis. Seit drei Tagen schwingen schon die Marktfrauen auf dem Wochenmarkt davon. Der „Führer“, ER, Adolf Hitler aus Braunau in Böhmen, beinahe Geburtagstag, der Mann von Ghibburgauen, Nummern braunschweigischer Regierungskarte i D (das heißt „im Disziplinärverfahren“ befindlich), will Halle persönlich beglücken.

Nachdem JHR Tobby, der Hülfmann, so prächtig den Boden vorbereitet hat, kann er noch hoch kommen.

Unsere Saale, Schul-, Universitäts-, Rabe-, Salz-, Beamten-, Invaliden-, Festen- und neuerdings „Hitler-Stadt“ hat das bestimmt verdient. In Würdigung dieses Verdienstes will Adolf der Führer dem auch gleich seinen Geburtstag hier verleben. Ein Massenfest wird daher „aus Anlaß des Geburtstages unseres Führers“ dem auch von der prinzipiellen „Arbeiterpartei“ veranstaltet. Leider ist bisher noch nicht bekanntgeworden, ob Adolf selbst dabei sein wird oder er sein Geburtstagsfestchen in „Stadt Hamburg“ aufgebaut bekommt. Es wird auch nicht gesagt, ob er Selterswasser trinken wird, wie das gestern im „Kampff“ bildlich zu sehen ist, oder wieder Sekt, wie in Düsseldorf bei den Schwerverunfallten.

Die hallischen Nationalen haben sich den Besuch ihres „Führers“ etwas kosten lassen. Eine ganze Reihe „Ag.“ hat sich in Unkosten getüßt; und neue Parteizentrale angekauft, die sie vorn und hinten zu den Häusern heraushängen. Da es sich um eine „Arbeiterpartei“ handelt, versteht sich, daß diese Fahnen nur in den Billenbüchern zu finden sind. Verchiedene christliche Geschäftseleute, die ihren Angestellten zum Beispiel zu Weihnachten unmöglich den früheren Lebenslohn gemähren können, folgen dem Beispiel der „Wegog“, bringen diesmal das Opfer, ihren den Nachmittags zum Besuch der Rennbahn freizugeben. Das ist noch wirklich sozial, nicht wahr? Unterdessen raffelt das Telefon der „Ag.“ (In Halle bekanntlich alle Arbeiter Telefon „Kampffschluß“). Da werden von den armen notleidenden „Arbeiter“ in den Direktionsbüros der hallischen Fabriken und Handelshäuser, in den Direktionsbüros der hallischen Fabriken und Handelshäuser, den hallischen Behörden und den Stätten der Wissenschaften Vorzugsarten bestellt. Fünf Mark ist bekanntlich ein angemessener Preis für den Zettel, den ein Arbeiter vorant „tung auf der Rennbahn. Wir hören u. a., daß sich solche Karten sogar ein akademischer Herr aus dem hallischen Magistratskollegium bestellt hat. Wahrscheinlich ist es bei ihm nur Reugier! Natürlich wird auch bei der Reichspost wieder Lobstoft agitiert. Dort ist es, wie in mehreren Beamte mitteilen, vor allem der Postinspektor Richter (Wohnstift Gartenbergstraße). Im übrigen verhält sich am Parade, daß alle „heißigen“ Unternehmungen des Tages Rechnung tragen müssen. Ein bestiges Caféhaus in der Leipziger Straße hat sogar seinen für heute geplanten Kabarettabend wegen des „Geburtstages“ am morgen verlegt.

„Ein Jude, der über dem Feind fliegt, ist besser als zehn Christen in der Stube.“

Die Herren Fried, Feder, Rabe, Dugenberg und wie sie alle heißen, die predigen wohl das Durchhalten, das „Wohlt uns Gelden werden!“, das „Den Distanz reiten!“, sie jagen aber vor, selbst keine Aussen zu werden, sich selbst nicht auf den Weg, aber in die Tante und U. Vooze zu legen. Treffend wies Genosse Bärensprung nach, daß im Kriege nicht die demokratischen Staaten, wohl aber die autoritären Monarchien zu einem großen Sieg führen. Die Demokraten verstanden es, das Segte aus ihren Köpfen herauszuholen und in den Krieg zu entsenden. Nun schimpfen die Nationalisten auf die Revolution. Was aber haben sie getan am 9. November 1918?

#### Wo waren sie?

Warum haben sie nicht das Kaiserreich gegen die Revolution verteidigt? Und die Erfüllungspolitik? Kappserie, „Amthausen“ war, zum englischen Volkstheater zu gehen und ihm zu versichern, daß auch seine Regierung „erfüllen“ wollte? Hitler hat das beste dem Amerikaner Knickerbocker gesagt! Und endlich die Korruption in der Demokratie? Hat man die Stände der Kaiserzeit, die Tippelschiff, Freiherrn von Hammerstein, das Komte K., den Dudenoffen um wegessen. Der Harnf-Standal, an dem Vertreter aller Parteien beteiligt sind, hat der Stadt Berlin etwa 10 Millionen Mark Schaden gebracht. Herr Fabianer, der nationale Mann, aber hat 250 Millionen vergeredet, und der drifische Devochim-Standal kostete den Sparern 80 Millionen. Für jede Schweinehund bei der Sozialdemokratie kann man bestimmt mindestens drei Schweinehund bei den Nazis nachweisen.“

Der Redner sagte seine Ausführungen in dem Appell zusammen, die Front aller Anhängigen zu bilden, und der Jugend legte er ans Herz, die Traktionen Hoffmann von Fallersleben und Friedrich wieder aufzunehmen und es zu halten, wie der Bauernführer Florian Geher mit seinem herrlichen Ausdruck: „Der deutschen Zwietsracht mitten ins Herz!“ In diesem Sinne klang die Kundgebung begeistert mit einer Sublimierung die Eisernen Front an.

So kann denn das Rennen steigen. Es wird ein reines Flachrennen werden. Denn etwas anderes als Flachrennen in Ette Wilhelm II. find von dem „Führer“ nicht zu erwarten. Einmaligen betriebliebende Kunden wird es dabei auch nur bei „Platz“ geben, wer auf „Sieg“ wetter, wird am 24. April erfahren, daß er sein Geld verloren hat. Aber uns soll es recht sein! Wir spezifizieren und wetten nicht, wir bleiben bei der realen, wenn auch oft sehr mühseligen, zuerst aber allein nutzbringenden sachlichen Politik, die sich auf Tatsachen stützt und unabhängig von Stimmungen und Konjunkturerwartungen bleibt.

Die Hittlererei paßt ausgezeichnet auf die Rennbahn, die Rennbahn zur Hittlererei! Genau wie bei den Verberennen noch niemand durch glückliche Betten zu dauerndem Wohlstand gekommen ist, genau so wenig wird die Hittlererei eine Dauererziehung sein und in Deutschland zur Macht kommen.

In dieser Beziehung, da halten wir die Werte!

### Ein Geburtstagsgeheimnis der Wegog an Hitler

Ständlicher Direktore treibt Wohlbesinnung.

Vom Geleitverband wird uns geschrieben: An Tagan großer Veranstaltungen hat die hallische Straßenbahn Hochbetrieb, und mehr dem Straßenbahnen, der an diesen Tagen ist nicht zum Dienst zur Verfügung stellt. Nur in den allerdingendsten Fällen ist es, und auch dann noch nach vielen Schwierigkeiten, dem Betroffenen möglich, frei zu bekommen. Wenn allerdings „Adolf der Führer“ nach Halle kommt, dann schämt das Herz des objektiven Herrn Direktors Puffscham so derartig fast, daß hier Ausnahmen gemacht werden.

Während alle die Straßenbahner, die mit dem Kapital nichts gemein haben, zum Dienst angezogen werden, also gezeugen für eine angelegliche „Arbeiterpartei“ beibringen müssen, sind sämtliche Nazis vom Dienstplan verschrieben und erhalten nur Begünstigung ihres „großen“ Weilers Urlaub. Objektivität und Gerechtigkeit betont man immer besonders. Dabei ist bisher, wenn Arbeiter zu Beförderungen der Sozialdemokratischen Partei oder ihrer gewerkschaftlichen Organisationen frei haben wollten, dies stets abgelehnt worden mit der Begründung, daß die Dienstverhältnisse es nicht zulassen. Wenn Ständlicher und Parteiführer ihren Hummel betreiben, ist alles möglich. Dann werden sogar noch Überlieferungen zugelassen — um ja recht „objektiv“ zu sein.

Wie sieht es, Herr Puffscham, mit der Verurlaubung sämtlicher freigewerkschaftlichen Straßenbahner am Sonntag, dem 1. Mai, zur Maifeiert? Wird es Ihr objektives Herz fertigbringen, Ihre Gerechtigkeit wachen zu lassen? Wir zweifeln daran! Wir wollen auch an dieser Stelle fundieren, daß wir jetzt ein hochtames Auge auf die Objektivität jener Herrschaften richten werden. Es ist gerade unerhört, daß anlässlich einer Wählerberaumung einer staatsfeindlichen Partei die Straßenbahn ihrer Wahlbeeinflussung betreibt, indem sie die Anhänger einer Gruppe dienst-

frei ist und den übrigen zumutet, an ihrem freien Tage Dienst zu tun.

**Steuerschneider:** Für Euch gilt es, nun erst recht am Sonntag mit Tage beizutragen, daß der Fiskus eine vernünftige Abgabe erhebt, denn kein Bürger darf verpflichtet sein die „Zehntpflicht“ gewisser Herren nachschleichen gar keine Grenzen mehr.

### Kommunistische Schmierkolonne greift Weibzubeamt an

In der letzten Nacht bemerzte an der Siebenbrunnstraße ein Polizeibeamter eine kommunistische Schmierkolonne, die acht Mann hatte. Als er einfordern wollte, brangen die acht auf ihn ein und bedrängten ihn. Um sich die Angreifer vom Weibe zu halten, war der Beamte gezwungen, von seiner Waffe Gebrauch zu machen. Er gab einen Schuß in die Luft ab, worauf die Kolonne flüchtete.

### Zodeschnitt mit dem Koffermeier

In seiner Wohnung öffnete sich gestern mittag ein 33 Jahre alter Schlosser mit einem Koffermeier Pulsader und Galschlagader. Der Arzt konnte nur noch den inzwischen eingetretenen Tod feststellen. Der Lebensmüde soll durch Familienfeindlichkeiten zu dem verweifelten Schritt getrieben worden sein.

### Umfänge der Verkaufspläne vor Weihnachten

Wie wir aus dem Wirtschaftsblatt der Industrie- und Handelskammer Halle entnehmen, erab eine U m f a n g e der Kammer über das Ergebnis der Umsätze an die Verkaufsstellen vor Weihnachten, daß bei dritte Sonntag in den mittleren Städten, die einen starken Umsatz von Tante haben, einem dringenden Bedürfnis entgegen. Die Berichte über die Umsätze an diesem Sonntag sind durchweg sehr günstig. Im allgemeinen erreichten sie das Einzelhandels- bis Dreifache des durchschnittlichen Tagesumsatzes im Dezember.

## Gebt Arbeit und Brot!

### Die Funktionen der freien Gewerkschaften Halle zum Problem der Arbeitsbeschaffung

Am Dienstag sprach vor den zahlreich erschienenen Funktionären der halleischen freien Gewerkschaften der Reichstagsabgeordnete Schumann (Berlin), Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes, über das Problem der Arbeitsbeschaffung. Man hatte von dem Redner den Eindruck, daß hier ein Mann frage, der in langjähriger praktischer Arbeit in der Gewerkschaftsbewegung den situationslosen Blick für wirtschaftliche Realitäten und Möglichkeiten besitzt.

Schumann ging auf die Aufgaben der Nationalsozialisten von der Schuld des „Systems“ ein und verwies auf den wirtschaftlichen Niedergang in allen Ländern der Erde und auf die allgemeine Not und Notwendigkeit, bei der allerdings der Wähltag der Nazis vom 11. September 1930 in Deutschland außerordentlich bedeutend gewesen hätte. Er schäuferte ausführlich, wie die Wirtschaftsführer in der ganzen Welt versagt hätten. Wegen der vielfach angetretenen Wirtschaft- und Finanzkrisen hätte der Sparer das Vertrauen an der Zweckmäßigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verloren. Deshalb wurden jetzt große Kapitalien gebortet und der Kapitalismus entsagen. Schumann erklärte, daß eine wirtschaftliche Hochkonjunktur weder in Deutschland allein erzielt, noch von kapitalistischen Systemen in der bisherigen Form erwartet werden könne.

### Die Krise kommt international und nur durch den Aufbau einer neuen Wirtschaftsordnung gelöst werden.

Seute sei es, daß nicht mehr Welt zum Dienst an der Allgemeinheit verpflichtet, sondern die Allgemeinheit in Welt verpflichtet wird durch den Aufbau einer neuen Wirtschaftsordnung und die Welt zum Dienst an der Allgemeinheit. Die neue Wirtschaftsordnung wird durch den Aufbau einer neuen Wirtschaftsordnung gelöst werden.

**Rabfahrer! Sämtliche Fahrradteile, Gummi-Beden, Schläuche usw. Spezialabteilung Gummi-Beden, Halle/Gaale, Große Steinstraße und Brüderstraße (Halle Markt).**

## Ein toller Kerl

Roman von Max Brand

(Nachdruck verboten.)

„Und das glauben Sie wirklich?“

„Sie hätten nur mal hören sollen, wie spöttisch sie über meine schwachen Nerven sprach.“

Der Zerriff sprang auf.

„Schwache Nerven?“ sagte er empört. „Der Kerl hat überhaupt keine Nerven!“ In der Stille seines Ganges finden Sie empfindliche Nerven als in Don Felipe's ganzer Körper.“

„Nur erob ich, schließlich erfährt, daß Frau Lydia.“

„Dann meinen Sie also, er hat sich nur verwickelt und spielt um eine Komödie vor?“ fragte sie ängstlich.

„Ach, ich sehe, wir verstehen uns gar nicht.“

„Wieso?“

„Ich kann mir absolut kein Bild von der ganzen Geschichte machen.“

„Ach, gnädige Frau, das können Sie! Ich werde Ihnen sogar sagen, wie Sie sich die Vorgänge zwischen Zerriff und dem Mexikaner rekonstruieren können. Ich weiß natürlich auch nichts Bestimmtes — aber wenn zwei so kluge Menschen wie wir beide zu dem gleichen Resultat kommen, dann ist es sicher richtig.“

„Ja, — aber wie?“

„Einen Moment, bitte!“ Die Zade war einfach so: Mein Freund Zerriff ist in den Staat getreten, daß Don Felipe angefahren und mädtig geküßt. Zweitens glaube ich seinem Bericht, — dann aber nicht mehr. Als ich wurde nämlich, wie das so gemeinhin ist, nach dem Revolver griff, ist ihm der gewandte Mexikaner untergekommen. Die einzige Frage, die noch offen ist, lautet: Hat Zerriff auch das Recht über den Boden des Staates getroffen? — So ist's gemeint, verlassen Sie sich darauf!“

„Frau Lydia triff Mund und Nase auf.“

„Aber?“ fragte sie. „Aber wieso?“

„Sie meinen, warum Don Felipe dann nachträglich den Reingang nimmt? Vielleicht fürchtet er, in Frauens Maria's Augen nicht zu bestehen, wenn er die Wahrheit sagt.“

„Ich kann mir gar nicht vorstellen, daß er so raffiniert und hersehend sein sollte. Allerdings, — er hat manchmal etwas im Blick.“

„Das hab' ich auch schon gesehen! — Er hat mich öfters von der Seite beobachtet, — ganz fall ist's mir dabei über den Rücken gefahren.“

„Er wird doch nicht etwa gemerkt haben, daß Sie ... seinetwegen hier sind?“

„Das fürchte ich doch! Wenn er das ist, wofür ich ihn halte, haßt er mich wie Gift, — ichon allein weil ich Zerriff bin. Jedenfalls muß etwas gefahren, um ihn unwidriglich zu machen. Ich weiß nicht, ob er sich durch den großen Zerriff der stille Gemacht. Frau Lydia folgte ihm ängstlich mit den Augen.“

„Ist Ihnen etwas eingefallen?“ fragte sie, als der Zerriff jetzt lebendiger war.

„Er nicht.“

„Der Schwund hinterläßt, wenn er noch so anständig und vornehm ist, erkennen Sie hinter sich, — und wenn es nur in den Augen der Polizei ist. Falls der Mexikaner also, wie ich

## Schriftleiter Stöbe wieder freigesprochen

Nazi-Student, der straflos Republik und Verfassung beschimpfen darf

Der ehemalige „Schriftleiter“ der völlig im nationalsozialistischen Fahrwasser stehenden „Halle'schen Universitätszeitung“, der Student Günther Stöbe, der bekanntlich wegen seiner besonders heftigen Stellung im Universitätsrat verurteilt worden ist, hat sich gestern vor der Strafkammer gegen Verurteilung wegen des Republikverstoßes zu verantworten. Stöbe hatte als Schriftleiter des Nazi-Universitätsblattes aus einem Buch von Nazi-Gelehrten einen Artikel nachgedruckt, in dem die witzigen Angriffe auf die Weimarer Verfassung und die Republik enthalten waren. In dem Artikel hieß es beifolgend, daß die Weimarer Verfassung insofern unzulänglich sei, als sie die Republik nicht als Staat anerkannte, sondern als bloße Verwaltungsgewalt. Stöbe hatte diesen Artikel nachgedruckt, in dem die witzigen Angriffe auf die Weimarer Verfassung und die Republik enthalten waren. In dem Artikel hieß es beifolgend, daß die Weimarer Verfassung insofern unzulänglich sei, als sie die Republik nicht als Staat anerkannte, sondern als bloße Verwaltungsgewalt.

Vom Schöffengericht Halle war Stöbe freigesprochen worden, weil man ihn den Gedanken unterstellte, daß er aus diesem Buch das bisher unbeachtete und verbreitete wurde, straflos ausbrüden dürfe. Mit dieser Annahme sei sowohl der Vorzug wie auch der bedingte Vorzug, den das Republikverstoßes für eine Verurteilung voraussetzt, formalrechtlich hätte der Strafkammer damals übrigens auch eine Verurteilung wegen Verstoßes unmöglich gemacht, indem er den Verfasser des Artikels preisgab.

Bei diesem Urteilm war ein Freispruch sicher. Man dürfte ihn deshalb auch von der Strafkammer erwarten. Und es kam auch zu einem Freispruch. Die Strafkammer stellte sich auf den gleichen Standpunkt wie das Schöffengericht. Ueber die rein rechtlichen Ausführungen hinaus hielt es das Gericht aber noch notwendig, den Verstoß seiner Einstellung zum heutigen Staat in allgemeinen Ausführungen fundament, indem es betonte, daß die Nationalsozialisten die witzigen Republikverurteilung und Verstoßes verurteilt. Sie hatte Ende vorigen Jahres in der Magdeburger Strafkammer einen allen Mann getroffen. Die Strafkammer milderte das Urteil, obwohl sie die Schuld der Angeklagten ebenfalls nicht erwieben erachtete, auf drei Monate herab und setzte die Gesamtstrafe gegen eine Entphändung des Verstoßes ab. Aber auch diese milde Strafe war Frau K. noch zuviel. Deshalb legte sie Revision ein. Die Revision wurde jetzt vom Reichsgericht als offensichtlich unbegründet verworfen. Das Urteil wurde damit rechtskräftig. Die schöne Frau K. kann ihre Schuld, die ihr das Gericht nachwies, nunmehr mit Geduld sühnen.

Die Hauptstrafe an dem Verstoß dieses Prozesses trägt aber wohl die Staatsanwaltschaft. Sie, die gegen Stöbe wegen des Artikels vorging, hatte gegen das Buch Geobels, aus dem der Artikel stammt, nichts unternommen. Wie sollte da ein anderes Urteil zu erwarten sein?

### Komm' den Frauen jetzt entgegen ...

Nach der Bericht.

Au Beginn dieses Jahres wurde die in Halle als Autorin bekannte Fabrikantentochter Sabine K. vom Schöffengericht wegen fahrlässiger Tötung an acht Monaten Gefängnis verurteilt. Sie hatte Ende vorigen Jahres in der Magdeburger Strafkammer einen allen Mann getroffen. Die Strafkammer milderte das Urteil, obwohl sie die Schuld der Angeklagten ebenfalls nicht erwieben erachtete, auf drei Monate herab und setzte die Gesamtstrafe gegen eine Entphändung des Verstoßes ab. Aber auch diese milde Strafe war Frau K. noch zuviel. Deshalb legte sie Revision ein. Die Revision wurde jetzt vom Reichsgericht als offensichtlich unbegründet verworfen. Das Urteil wurde damit rechtskräftig. Die schöne Frau K. kann ihre Schuld, die ihr das Gericht nachwies, nunmehr mit Geduld sühnen.

### Der Angefallte für 20 Mark

Im „Vorkenntnis für den Deutschen Buchhandel“ stand da kürzlich ein kleines Inserat zu lesen:

„Stellung im Buchhandel sucht ehemaliger Student gegen 20 M. monatliche Vergütung.“

Heinz Brand, Berlin 93, Nürnberger Straße 60.

Der Hr. richtet an diesen Herrn Heinz Brand einige Fragen:

1. Wollen Sie von dem Ihnen verdienten Geld leben?
2. Falls ja, haben Sie sich überlegt, wie Sie das mit 20 M. im Monat bestreiten wollen?
3. Falls nein, haben Sie sich überlegt, ob Sie eine große Zahl von Buchhandlungsangestellten ungeheurer Schätze? Denn a) wird die Buchhandlung, die Sie vielleicht einstellt, einen Angestellten mit höherem Gehalt — der aber darauf angewiesen ist — entlassen, b) wird sich jeder Buchhändler, der dieses Inserat gelesen hat, sagen, es gibt ja so billige — dazu noch akademisch gebildete — Kräfte, wozu soll ich da noch teure beschäftigen?
4. Haben Sie schon einmal die Worte „Gelehrter“ und „Akademiker“ gehört? Wir empfinden Ihnen unendlich, daß Sie überlegen, was hinter diesen Begriffen liegt. Vielleicht können Sie einmal ein paar Stunden Ihrer „lehrenden“ Zeit widmen.

### Veranlassungen und Benachteiligungen

Wittungen unter dieser Rubrik kosten 40 Pfg. die Zeile und müssen bei der Aufgabe beschriftet werden. Beschriftungen können zurückgegeben werden.

**Blaschinger'sche Halle.** Freitag, den 22. April, 20 Uhr, findet im Reichsgerichtshof ein Vortrag mit Bildern durch Herrn Dr. med. Friedländer (Berlin) statt über: „Unterleibesleiden.“

nehmen, die von ihm Hilfe forderten und die vielfach nicht beweiagert werden konnte, weil das Schicksal von Tausenden von Arbeitern daranhing.

Au dem Problem der Arbeitsbeschaffung erklärte der Referent, daß die Gewerkschaften jeden Plan einer Arbeitsbeschaffung, der die Gefahr einer Inflation in sich birgt, unbedingt ablehnen, weil hier schließlich ungeheurer Schaden, besonders für die Arbeiterklasse, der Folge wäre. Er erklärte den Finanzierungsfragen, wie er auf dem Arbeitsmarkt der Gewerkschaften erzielt wurde, und verwies darauf, daß insbesondere die öffentlichen Körper, Eisenbahn und Post, Mittel erhalten müßten, um zusätzliche Arbeit zu schaffen. Unter Ablehnung jeder Geldentwertung müßten alle Ausrichtungen gemacht werden, damit wenigstens ein Teil der Arbeitlosen wieder zu Arbeit und Verdienst gelangt. Daneben müßten alle Möglichkeiten zur Arbeitsfreisetzung und Verknüpfung der Arbeitszeit ausgenutzt werden. Eine Wirtschaftsform ohne Krisen kann nur eine bessere, höhere Form der Sozialismus, bringen. Für dieses Ziel zu kämpfen, haben sich die freien Gewerkschaften zur Aufgabe gestellt unter Ausnutzung jeder Möglichkeit, auch jetzt in alles für die Arbeiterklasse herauszubringen, was geeignet ist, ihre Lage zu verbessern.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung wird gefordert: Arbeitsbeschaffung, Verknüpfung der Arbeitszeit, Einführung der 40-Stunden-Woche, Kontrolle, und Mißbrauchungsrecht des Staates an der Produktion und schließlich Aufbau einer neuen Wirtschaftsordnung. Sie schließt mit dem Satz:

„Alle Funktionäre verpflichten sich, dafür zu sorgen, daß auch am 24. April bei den Wahlen zum Preussischen Landtag Einfluß und Geltung der Arbeiterklasse geföhrt bleibt.“

annehme, etwas auf dem Revolver hat, kann ich das in wenigen Tagen feststellen, denn dann ist er und sein famoses Pferd unseren Behörden wohlbekannt.“

„Da dürfen Sie keinen Moment länger zögern!“ rief Frau Maday lebhaft. „Sie haben vollkommen richtig erkannt, wozu ich Ihre Hilfe brauche. ... Ihre Zade werden doch kein Tier sein?“

„Gewiß werden sie das, — in einem so kühnen und bestellten Angelegenheit, werden sie nur wenig zaudern können. Sie werden sogar die Gefährlichkeit dieses Mexikaners, der in Ihren Augen eine lächerliche Hitzepuppe ist, gar nicht begreifen.“

„Für so gefährlich halten Sie ihn?“

„Allerdings! Sie wissen, daß ich kein Freiling bin, aber ich muß gefahren, lieber habe ich mit einem ganzen Dutzend Schapperlachanzen zu tun, als mit einem so gefährlich schließenden Zerriff.“

„Sodda!“ sagte er plötzlich, ließ nach als offene Fenster und lehnte sich hinaus, „mach mal, daß du da wegkommst, du getritzt ja das Wech hier!“

Frau Maday sah erstaunt den Indianer, barfuß auf dem Plattensteifen, der ihm am Bande entlang, direkt unter ihrem Fenster liegen und veranlagte, aber respektvoll zum Zerriff hinaufblicken.

„Was machen Sie denn hier?“ fragte sie und fragte, da sie das verstandlose Rädeln auf seinem Gesicht gemerkt, zum Zerriff jemand hinzu:

„Offenbar versteht er kein Wort Englisch.“

Als sie dann ihre Frage auf Spanisch wiederholte, zeigte der Indianer seine Hand, die er sich dahin auf den Rücken verlehrt hatte und in der er ein kleines Futterteller rotes Huhn hielt, wie sie ihm diese Barbesheit an einem Spaltchen blühen.

„Der arme Kerl!“ sagte sie ergriffen. „Sehen Sie, das ist die Stube des primitiven Naturmenschen zur Schönheit! Von unzeren Gendobus ist noch keine auf die Idee gekommen, Blumen zu stellen.“

„Nehmen Sie sich mit dieser Idee. Er will ein Revolver, aber ich sehe Sie nicht, bitte, vor, daß Sie nichts zittern!“

Das Gesicht des Indianers strahlte, ein glückliches Rädeln umspielte seine Lippen. Er murmelte ein paar unverständliche Worte, verbeugte sich ehrerbietig vor der Dame des Hauses und zog sich dann mit langen Schritten zurück.

„Wie seltsam ist ein Mensch nicht!“ sagte Frau Lydia, die ihm nachschielte. „Wenn untere Lage über den Sand da kommt, höre ich es, — und so ein Reizenet geht völlig geräuschlos.“

„Was halten Sie von diesem Indianer?“

„Ich weiß nicht recht. ... Vielleicht könnte man ihn, wenn man es sehr geschickt und vorsichtig anfangs, etwas über seinen jungen Herrn ausbilden.“

„Wort, das wir gewöhnt, gehört, sondern auch verstanden hat!“

„Um Gottes Willen — dann bleibt nur eine: Sobald Ihre Zade kommen, müssen Sie den Mexikaner unter irgendeinem Vorwand verhaften lassen.“

„Das ist nicht so einfach! Was soll ich ihm vorwerfen? Daß er ein Revolver genommen hat? Daß er sich nicht fürchtend hat erziehen lassen?“

„Dann müssen wir meinen Mann aussuchen und ihn ins Vertrauen ziehen.“

„Der Herr Oberst würde nur ein Rädeln für unsere Bedenken haben, er ist doch ein so vorzüglicher Menschenkenner. ... Nein, nein, das hätte gar keinen Zweck! Das Einzige, was ich machen kann, ist schließlich in die Stadt zurückzufahren und auszuheilen, ab ich aus den Polizeistellen irgend etwas Näheres über diesen mysteriösen Mexikaner erfahre.“

„Dami zeigte er Frau Lydia zum Abschied die Hand.“

„Wein lieber Herr Rantfin“, sagte sie bewegt, „ich bitte Sie, seien Sie nicht so vorsichtig, damit Ihnen ja nichts passiert. Es wäre mir unendlich, wenn ich mit meiner Ängst um Maria indirekt die Ursache wäre, daß“

„Beunruhigen Sie sich nicht, Verehrte. Sie wissen doch, ich habe einige Erfahrung im Umgang mit solchen Elementen!“

Als der Zerriff den Innenhof überquerte, um zum Stallgebäude zu gelangen, begegnete er der Tochter des Hauses.

„Nun, wie geht's dem Patienten?“ fragte er.

„Meinen Sie damit Conquialdo?“

„Sowie ich gehört, hat er sich schon wieder einigermaßen von seinem Revolverdick erholt.“

Es lag lo ungeheure Bedeutung in ihrem Ton, daß Rantfin erwiderte, sagte er sich: So werden kann eine Frau nur, was sie werden kann, wenn sie eine gewisse Empfindung abet, die einmal besteht, kann sich wieder einstellen, wenn die Voraussetzungen sich ändern. Er war es der armen Frau Lydia unbedingt schuldig, ihr sobald als möglich diesen gefährlichen Gult aus dem Hause zu schaffen. ...

### Stilles Kapitel.

Leid und gleichmäßig trachte Zerriff Rantfin auf seinem kleinen Wühlgang der Stadt zu, wo er hoffte, mit Hilfe von Telephon und Elektraplat bald die nötigen Ermittlungen über die Veranlassung des Conquialdo machen zu können. Herrschaft bis Hälfte des Weges hatte er zurückgelegt, als er plötzlich durch reich überkommendes Aufgetrappel aus seinem Raddecken aufgelistet wurde. Er wandte den Kopf und erkannte in dem Reiter der da sich auf ihn zu galoppiert kam — Don Felipe auf Conquialdo.

Der Zerriff hielt sein Pferd und griff ganz instinktiv nach dem Gewehr, das in einem Futteral am Sattel hing. Dann aber besann er sich anders. Er hatte ja nicht den mindelsten Grund, dem jungen Mexikaner feindselig gegenüberzutreten.

Er ließ die Waffe abhaken und erwiderte höflich den Gruß Conquialdos, der den Hut dem Kopf triff und sich tief vor ihm verneigte.

„Ahrem Gault sieht man wahrhaftig nicht an, daß er erst vor kurzem ein so junger Reiter hinter sich hat“, sagte er, um etwas zu sagen.

Don Felipe strahlte über das ganze Gesicht.

„Sie sind auf dem Wege zur Stadt zurück?“ fragte er dann beifällig.

„Ach? ... Nein! Ich wollte mir nur ein bißchen Bewegung machen.“

(Fortsetzung folgt.)



# Das ist Nazi-Koburg

## Schlimmste Finanzwirtschaft und übelste Behandlung der Arbeitslosen

Eigenlob stinkt! Das ist ein altes Sprichwort. Besonders aber stinkt Eigenlob, wenn es pure Lüge ist. Und aufgemacht Schwindel sind die Behauptungen, die von Nationalsozialisten in Flugblättern und ihrem Wochenblatt, „Sozialwacht“, über die angebliche Rettung Koburgs durch eine nationalsozialistische Stadtverwaltung im Wahlkreis Halle-Merseburg verbreitet werden. Die Nationalsozialisten behaupten dreist, daß in Koburg vor dem nationalsozialistischen Regiment „eine verhängnisvolle Pumpwirtschaft“ bestanden hätte, die nach der Inflation durch die internationale jüdische Konjunktur eingeleitet. In Wirklichkeit haben die Koburger Nationalsozialisten in seit 1924 bis 1928 mit der dortigen bürgerlichen Mehrheit stets mitgemacht.

**Die waren also an der „verhängnisvollen Pumpwirtschaft“ mit beteiligt.**

Eine Mehrheit von Marxisten hat es in Koburg nie gegeben. 1919 waren von 21 Stadtratsmitgliedern 9 Sozialdemokraten, nach dem Ausscheiden an Barenen gehörten von 25 Stadtratsmitgliedern nur 8 der Sozialdemokratie an. Wie sehr die Nationalsozialisten über Koburg schwindeln, zeigt ihre weitere Behauptung:

„1928 war es schließlich soweit, daß die Stadt daran denken mußte, ihre 23 städtischen Werke zu verpfänden, was heißt in eine Zwangsverwaltung zu überführen. In fünf Jahren hatte Koburg unter rot und mittelparteilichem Regiment rund 6 Millionen Mark Schulden gemacht, und es bestand ein ungedeckter Fehlbetrag von 700 000 Mark.“

### Und nun die Wahrheit.

Nie hat der Stadtrat daran gedacht, das städtische Eigentum in andere Hände zu geben. Alle Haushalte der Stadt in den Jahren 1924 bis 1928 waren ausgeglichen. Der Haushalt 1928/29 zeigte sogar einen Ueberschuß von 12 000 M. Erst nachdem seit 1929 eine Nazimehrheit in der Stadtverwaltung besteht, treten Defizite auf. Ihr erster Haushalt wies 200 000 M. Defizit auf. Bei dem augenblicklichen, von der

Nazi-Verwaltung vorgelegten Etat beträgt das Defizit 700 000 Mark.

Gegen diese Mißwirtschaft hat zwar die bürgerliche Regierung Bayerns eingreifen müssen und Koburgs Stadtverwaltung steht deshalb unter Finanzaufsicht der Staatsbehörden. Besonders hat die Aufsicht der Reichsregierung über die nationalsozialistische Regierung in Koburg zu leiden. Die Reichsämter haben sich hier nicht geheselt, sondern bedauerlicherweise beteiligt. Die Wohlfahrtsverbände werden nicht nur in Koburg, sondern in allen Städten zur Arbeit angehalten. Am 29. Februar 1932 waren in Koburg von 500 Wohlfahrtsverbänden nur 335 beschäftigt. Der Lohn für diese betrug nicht 22 M., wie die Nazis behaupten, sondern nur 15 M. pro Woche. Die jugendlichen Erwerbslosen wurden interniert und in den städtischen Nazi-Kasernen in menschenwürdiger Weise behandelt. In Koburg geben alljährlich 17 000 Arbeitslose zum Arbeitsamt stempelnd. Die etwa 100 erwerbslosen Frauen werden nicht beschäftigt, sie sind lediglich auf die

Wohlfahrtsunterstützung angewiesen, die in Koburg die niedrigste in Bayern ist.

Eine weitere Lüge ist, daß die Nationalsozialisten in Koburg mit der Parteibuchwirtschaft in Koburg aufgeräumt hätten. In Wirklichkeit haben sie diese erst dort eingeführt. Die früheren Bürgermeister wurden in Pension geschickt und Nationalsozialisten an ihre Stelle gesetzt. Führer der Nazis in Koburg ist ein gewisser Schwede, der zu den Nazis ging, als er wegen beruflicher Unfähigkeit vom früheren Magistrat entlassen werden sollte. Heute ist dieser Mann Erster Bürgermeister Koburgs. Schwede mündet den „billigen Jakob“. Deshalb ist es notwendig, zu zeigen, was er wirklich verdient.

Schwedes Tätigkeit wird bezahlt mit seinem Maschinenmeistergehalt von 460 M. im Monat, dazu kommt freie Wohnung, Verpflegung und Heizung im Werte von 100 M. monatlich und 120 M. Aufwandsentschädigung im Monat. Außerdem ist der Mann besonderer Landtagsabgeordneter und erhält als solcher 405 M. Aufwandsentschädigung im Monat.

Das sind zusammen 1065 M. im Monat.

Zweiter Bürgermeister ist der frühere Rechtsanwalt Haber. Selbstverständlich Nationalsozialist. Er erhält als Gehalt 9000 M. im Jahr, dazu noch ein Wohnungsgeld von 1080 M. Offiziell verläutet, daß er auf Pension keinen Anspruch habe. In seinem Dienstvertrag ist der Beginn seines pensionsfähigen Dienstalters auf das Jahr 1921 festgelegt worden.

Das sind nur einige Richtigstellungen gegenüber dem Koburger Nazi-Schwindel. Wähler und Wählerinnen! Sorat am kommenden Sonntag, daß Preußen von solchen Faschistenregiment bewahrt bleibt.

### Wählt Liste 1: Braun-Everling

# Keine Auflösung des Reichsbanners

## Verlogene Behauptungen der Segner

Die Reichspressen setzen ihre Feindschaft gegen das Reichsbanner fort. Trotzdem wird die republikanische Organisation nicht aufgelöst werden. Unter anderem greift die Reichspressen den „Leitenden Führer“ an — eine kleine Broschüre, die seit längerer Zeit im Buchhandel käuflich ist. Demgegenüber weist das Reichsbanner darauf hin, daß diese Broschüre vor ihrer Verbreitung sämtlichen deutschen Regierungen und zwar auch dem Reichswehr- und Reichsinnenministerium vorgelegen hat, ohne auch nur von einer Seite beanstandet worden zu sein. Die Behauptung, daß das Waldenburger Reichsbanner mit Spaten und Beilspaten ausgerüstet worden sei, beruhe darauf, daß seinerzeit infolge der Sowjettagefahr der Oberpräsident selbst die Ausrüstung gewöhnlich habe. Mit den „Antifaschistischen Schutzlagern“ habe das Reichsbanner niemals etwas zu tun gehabt.

Das Reichsbanner weist weiter darauf hin, daß seine Organisation während des Reichspräsidentenwahlkampfes Saalschutz für den Reichsanwalt, für die Reichs- und Staats-

## Der Cochemer Berg abgefürzt

Am Dienstagabend gegen 23 Uhr sind etwa 10 000 Kubikmeter des Cochemer Berges mit donnerndem Getöse, das weit über Cochem zu hören war, abgefürzt.

Die Schreinerei Koettgen ist von den Gesteinsmassen weggeschleift worden, die Lichtleitungen sind zerissen, die Straßen meterhoch von Geröll bedeckt und jeglicher Verkehr auf der Provinzialstraße ist unmöglich geworden. Die Schuttmassen sind bis in die Wälder gefallen. Ein großer Teil der Einwohnergesellschaft von Cochem ist trotz der späten Stunden noch auf den Weiden, um die Naturkatastrophe mit anzusehen. Von der Cochemer Seite her versucht man, mit Schweißperlen das völlig im Dunkeln liegende Gelände zu erhellen. Der Bergbruch dauerte am Mittwoch noch an. Ob Menschenleben zu Schaden gekommen sind, ist noch unbekannt. Ueber die Höhe des angerichteten Schadens ist noch jeder Lebenslied unmöglich. Die anliegenden Weinberge sind völlig zerstört.

## Zuchthaus für Brandstifter

Das Schourgericht in Dortmund verurteilte den 34jährigen Mechaniker Glade zu 3 Jahren Zuchthaus, den 20jährigen Schlosser Frigge zu 2 Jahren Zuchthaus und den 25jährigen Klempner Frigge zu 3 Jahren 6 Monaten Zuchthaus.

Glade, der in Hamm eine Fahrradhandlung betrieb, befand sich in Zahlungsunvermögen. Mit seinen Vettern, den Brüdern Frigge, kam er überein, die Werkstatte in Brand zu legen, um sich dann durch die Versicherungssumme von allen Verbindungen zu befreien. In der Nacht zum 16. November d. J. legten die Brüder Frigge auf Geheiß Glades den Brand an. Durch das Feuer gerieten drei Leute, die in dem Gebäude schliefen, in höchste Lebensgefahr.

minister, sowie auf Veranlassung der Hindenburg-Ausschüsse für den Landvolksführer Gerete, den Volksparteiler von Kardorf, den Minister Schlangens-Edinghoven und den Volksparteiler von Westarp geleistet hat. Einmal habe das Reichsbanner sogar in einer Versammlung des Jungdeutschen Ordens auf Anforderung als Saalzug einspringen müssen. Das gleiche gelte auch für Veranstaltungen der „Volkfront“. Drei Tote und Hunderte von Verletzten — im Sa Berlin allein 112 — gäben Zeugnis von dem Opfermut, mit dem das Reichsbanner während der Wahl seine Pflicht als Zeitfreiwilliger der Republik erfüllt habe.

Uebrigens wird der Brief des Reichspräsidenten an Minister Gnoener erst nach der Rückkehr des Reichsanwalters aus Genf beantwortet werden. Bräutigam dürfte jedoch kaum vor Sonntag nach Berlin zurückkehren. Falls sein Rückkehr auch bis dahin noch nicht möglich ist, wird er sein Wahlrecht in der kleinen preussischen Enklave Althagen am Bodeensee ausüben.

## Wahl in Moskau

Sitte der Entrechteten — Nieder mit dem Bourgeois — Abstimmung durch Handauflegen — Mit Waff und Feuerweh

„Wahl-Karneval“ in Moskau um 7 Uhr abends, Sammelplatz dort und dort — liegt am Anschlagort der Fabrik. Und am Vorabend der Neuwahlen für die Stadt-Sowjets Moskaus wird die Wahltagung vieler Wochen, die mehrere tausend Betriebs-Fabrik- und Betriebsämter ausfüllt hat, getränkt durch einen Karneval- und Arbeitsfestzug ziehen Arbeiter und Angestellte zu Laufenden und Zehntausenden, farbige geordnet mit Orchestern, Fahnen, Bannern, roten Stoffbändern mit Wahlen, „Für die Industrialisierung“, „Nieder mit den Großbauern“, „Für die Lösung des Entrechtungs“, „Nieder mit dem Bourgeois“, „Alle Macht den Arbeitern“ usw.) durch die Hauptstraßen Moskaus, zum prächtig illuminierten Sitz der Stadt-Sowjets. Bunte lebensgroße Figuren werden im Zuge mitgeführt: Spottfiguren der Bürger, des Popen, des Großbauern. Soldatengruppen marschieren zwischen den Arbeitern, Kommunisten, Abteilungen erscheinen hoch zu Ross, Palastus mit Woiwoden sind dazwischen — alles wackelt, marschiert, singt, ruft zwischen den Leuchtenden Fahnen. Hier und da stoßt der Zug: von einem Volksgesang irgend einer Sowjetwärtiger die Arbeitermasse und fordert sie auf, durch die Wahl ihren Willen zur Macht auszusprechen. Ober sie findet an einer Ecke ein bräunlicher Redner: „Grüße von der Arbeiterschaft Moskaus; bei uns war 95 Prozent Wahlteilnahme, macht's eben!“ — „Grüße der Arbeiter von Charlow“... „von Senigaberg“ usw.

„So beginnt die Wahlzeit in Moskau, die ziemlich lange dauert, da faktischweise an verschiedenen Tagen gewählt wird. Nach den Klassen-Abteilungen des Sowjetrats sind nur Propaganda, Arbeiter und Angestellte wahlberechtigt. Und nicht einmal alle Arbeiter und Angestellte! Wodennal haben Wahlkommissionen in Häusern, Fabriken und Firmen geprüft und geteilt; wer „bürgerlichen“ Berufs ist, wurde auf die Liste der „Entrechteten“ gestellt und auch wer jemals „bürgerliches Element“ früher gewesen ist. Überall sieht man jetzt in den Geschäften und Büros Listen hängen. Das Wahlrecht ist entgegen: 1. R. J. Michailow — ehemaliger Kaufmann... und dann geht es weiter: ehemals Bankbesitzer, ehemals Hausbesitzer, Zähler, Schlosser, Fuhrmann — kurzum, auch wer, längst verarmt und proletarianisiert, heute als Angestellter arbeitet und schon — weil man noch nie so garfichtig hat wie diesmal — kaum bloß geteilt, der jetzt entrechteter worden, wenn er jemals vor der Revolution „selbständig“ war oder Angestellter, Schlichter, Geßler oder sonstige Bürostelle hatte. Ost wird die „Entrechtung“ sogar ausgesprochen, weil der Vater Hauseigentümer oder Fuhrherr gewesen ist!

Die so „ermählte“ Masse der Wähler macht dann in den Fabriken

eine Halle von Wahlversammlungen durch, wo Parteileute und sonstige „zuverlässige Proletarier“ über Erfolge und Ergebnisse der bisherigen Sowjetarbeit berichten, wo auch — ein unerschöpfliches Reservoir aller Wahlstimmen — der Arbeiter selbst in der Diskussion auf Mängel hinweisen und Beschwerden vorbringen kann. Nach bewährtem Rezept geben von den Parteileuten gestellten Versammlungsleiter alle Mißstände offen zu — und empfehlen dann, gerade wegen der bisherigen Mängel, nun eben gute und tüchtige Vertreter in die Sowjets zu wählen. Die Wahl selbst erfolgt nach Bestimmung eines Kandidatenliste (die das Wahlkomitee unter beherrschendem Einfluß der Parteileute aufgestellt hat) gleichfalls in offener Versammlung durch einfaches Handauflegen. Die Annahme der Listen erfolgt „einstimmig“ oder „mit Mehrheit“ (die Versammlungsleitung ohne Mühen nach Augenblick feststellt) — gewöhnlich übrigens wirklich einstimmig: denn wer wird Schikanen und Entlassungen riskieren, die unermesslich wären, wenn er zwischen allen Arbeiterskategorien und unter den Augen der Parteileuten, Witalieber im kleinen Saal stehend durch Nichterheben der Hand zweifels für andere, aussichtslose Kandidaten demonstrierte?

Die Wahlen in Moskau, Moskau, bei denen nur eine Bewässerungsstelle — und nur deren eisdiele Urmitglied — wählt, bei denen die Wahl öffentlich in kleinen Gruppen vor sich geht — haben mit „Wahlen“ im demokratischen Sinne nichts gemein, außer dem Namen. Sie sind eine Schein-Wahlentscheidung in vorgeschriebenen Rahmen; sie werden mit gutem Beden von Parteiführern und Wahlprüfer geleitet (in größeren Fabriken pflegt sogar zur Wahlversammlung ein Orchester zu erscheinen und die obligate, einstimmige Annahme der Kandidatenliste mit einem Tusch zu begleiten); der große Arbeiterkampf zu Beginn verdient seinen Namen „Wahl-Karneval“! Wohl ihr euch nicht freuen, daß ihr wieder einmal zu den Sowjets wählen dürft? — Ihr müßt euch freuen... Wuff! Wuff! Wuff! Wuff! Illumination! Feuerwerk! Tusch!

**Karl Marx — Kataster für Erbsogianer**  
Das „Kapital“ ein mißverstandenes Buch... Das abnunglose Jensen-Kollektiv... Professor Hittorffs Urteil... Die Reichslands Sowjetpräsident ein reicher Mann werden sollte.

In Moskau wurde neben das sechsjährige Jubiläum der Uebertragung des „Kapital“ von Karl Marx ins Russische gefeiert. Diese erste Uebersetzung kamme zum Teil aus der Feder des bekannten russischen Revolutionärs Gernann Lopatin. Das Buch wurde von Nikolai Danielson, einem Angehörten der tschechisch-russischen Reichsbank, vollständig übertragen. Marx selbst interessierte sich für diese Arbeit sehr und gab Lopatin persönliche Anweisungen, die in der russischen Erstausgabe auch enthalten sind. Ursprünglich wollte Marx sogar den ersten Teil des „Kapital“ umarbeiten, um ihn den russischen Lesern zugänglich zu machen. „Es ist eine Ironie des Schicksals“

sals“, so schrieb er im Vorwort zur russischen Ausgabe, „daß die erste Uebersetzung des „Kapital“ in eine fremde Sprache gerade in dem Lande zustande kommt, das unter allen europäischen Ländern am wenigsten kapitalistisch ist.“ In einem Zeitungsartikel erklärte er weiter, daß sich die russische arbeitskräftige Jugend zwar für seine Theorien interessierte, was sie aber nicht hindere, ihnen in der Praxis entgegenzutreten.

Demgegenüber ist die Stellungnahme der russischen Senjur. Eine Kommission von Senjoren äußerte sich über das Buch wie folgt: „Obwohl der Schreiberling Marx ein ausgeprägter Sozialist zu sein scheint, ist ein Verbot des Buches nicht nötig, weil es so unverständlich geschrieben und in eine derartig streng mathematische Form gekleidet ist, daß es von der Öffentlichkeit nicht gelesen werden wird.“ Von den russischen Wirtschaftspolitikern wurde das bedeutende Wert des deutschen Gelehrten mit aller Vorliebe beurteilt. Professor Hittorff, der Vater des späteren Volksministers, sah in dem Buch nichts anderes als einen Aufzug zur Riederkehrung des bescheiden politischen Systems in der ganzen Welt. Eine Moskauer Zeitung erzählt anlässlich des Jubiläums eine hübsche Anekdote: Als Kaitin, heute einer der Führer in der Sowjetregierung, vor 30 Jahren von der Polizei wegen politischer Unruhe verhaftet worden war, erschien sein Onkel, ein biederer Kaufmann, bei dem er damals wohnte, auf dem Polizeirevier und fragte: „Warum hat man meinen Neffen verhaftet? Er ist ein fleißiger Junge und hat nur den einen Fehler, daß er zuviel liest. Aber er beschäftigt sich mit lauter nützlichen Büchern, vor allem mit einem Werk, das den Titel „Das Kapital“ trägt. Ist das nicht die beste Bestür für einen jungen Menschen, der einmal ein reicher Mann werden soll?“

## Neue Filme in Halle

### Quo vadis

(E. J. Schauburg)

Um es gleich vorne zu sagen: Dieser Film ist nicht für schwache Nerven! Was die Regie an Sentimentalen und Tränen anbietet, ist z. B. so realistisch, daß einem mehrfach das Stuhlen darstellt. Neptagenmäßig zeigt dieser Film Bilder aus der römischen Kaiserzeit, die an Schönheit und Echtheit kaum zu überbieten sind. Das Auge des Trümpfers und das Ohr des Zuhörsers erfüllt hier noch einmal die Aufregung. In ungläublich immerwährendem Rahmen voll der Feinmalerei, ab und man kann und gerne anerkennen, daß die Regie hervorragendes geleistet hat. Die Vertonung ist neueren Datums. Sie paßt sich jeder Szene meisterhaft an und manchem wird das entsetzliche Schreien der Krieger römischer Militär noch lange unheimlich in den Ohren liegen. Die Vertonung ist fast zu realistisch! In einem gä zeigt einen Krieger, der unglücklich der geschändeten Ueberlieferung entspricht. Clara Trint und die übrigen Darsteller bemühen sich, ihrer Aufgabe so gerecht als möglich zu werden. Alles in allem: ein Film, der aus dem üblichen Rahmen herausfällt. Das Verprogramm ist wie immer zusammengesetzt.

# Preußen wieder „preußisch“?

## Nie wieder Junkerpreußen gegen Arbeiterrechte!

**Hitler und Hugenberg wollen, daß Preußen wieder „preußisch“ werde!**

Nun, es war preußisch, daß weisse Kreise der schaffenden Bevölkerung überhaupt kein Arbeiterrecht besaßen. Was bis zum Jahre 1913 vorhanden war, das hatten die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei dem preußischen Junkerstaat in harten Kämpfen abgerungen. In einer Broschüre des Deutschen Landarbeiterverbandes schrieb Fritz Faab noch im Jahre 1913:

„Das heutige Arbeiterrecht ist grenzlich zerrissen, von einer einheitlichen Regelung sind wir weit entfernt. Alle bürgerlichen Rechtsmaterien sind peinlich geordnet; das Arbeiterrecht dagegen ist zerstückelt in die reichsgesetzlichen Bestimmungen des Handelsgesetzbuches, der Gewerbeordnung, der Seemannsordnung, des Binnen-schiffahrts- und Flößereigesetzes und die einzelstaatlichen Bestimmungen über den Arbeitsvertrag der Bergarbeiter. Die Verhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und des Gesindes unterliegen teils den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über den Dienstvertrag, 44 einzelstaatliche Gesindeordnungen und einer Reihe von Polizei- und Strafgesetzen.“

**Die Landarbeiter hatten bis zum Jahre 1918 nicht das Recht, sich zusammenzuschließen,**

um die Rücksichtslosigkeiten der Gutsbesitzer abzuwehren.

Im § 2 der Gesindeordnung hieß es ausdrücklich: „Gesinde und Dienstleute, welche die Arbeitgeber oder die Obrigkeit zu gewissen Handlungen oder Zuständen dadurch zu bestimmen suchen, daß sie die Einstellung der Arbeit oder die Verhinderung derselben bei einzelnen oder mehreren Arbeitgebern verabreden, oder zu einer solchen Verabredung andere auffordern, haben Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre verwirkt.“ Der preußische Staat von einst entschied auf der Seite der Besitzenden gegen die schaffende Bevölkerung.

**Mit Haftstrafe bis zu 6 Wochen wurden Dienstboten bedroht,** die mit der gewöhnlichen Speisung, die sie von den Gutsbesitzern erhielten, nicht zufrieden waren. Noch im Jahre 1911 wurde in den Verträgen (Domäne Colbdingen, Kreis Hannover) festgelegt: „Kein auf der Domäne Colbdingen beschäftigter Arbeiter darf einem sozialdemokratischen Verein oder Verband angehören. Ist er Mitglied eines solchen, muß er sofort anstreben bei Strafe der sofortigen Entlassung. Sozialdemokratische Zeitungen dürfen weder gehalten noch gelesen werden.“ In anderen Verträgen (Dekonomierat Jakob Schäfer-Wanzleben) wurde bestimmt:

„Der Knecht darf die auf dem Acker gebauten Kartoffeln und Erzeugnisse nur nach vorher eingeholter Genehmigung des Arbeitgebers ernten. Solange die Genehmigung nicht erteilt ist, hat der Arbeiter nicht das Recht, die auf dem Acker gebauten Garten- und anderen Erzeugnisse, und zwar sowohl die stehenden als auch die geernteten, für sich zu beanspruchen.“

Dabei handelte es sich um Lohn und Deputat, das der Arbeiter für seine Arbeitskraft zu verlangen hatte.

Nach der Gesindeordnung wurden Arbeitsverträge abgeschlossen, nach der die Arbeitszeit unbegrenzt war. Waren im Vertrage keine besonderen Vereinbarungen getroffen, dann richtete sich die Länge der Arbeitszeit nach „Übung am Leistungsort“; wenn diese nicht bestand richtete sich die Länge der Arbeitszeit nur nach dem Willen der Herrschaft.

Auch bei Akkordlohn mußte der Arbeiter so lange arbeiten, wie es der Dienstherr verlangte; ein Anspruch auf Ueberstundenbezahlung bestand natürlich nicht.

In Zivilprozessen um Arbeitslohn und Deputat entschieden die preußischen Gerichte fast immer zugunsten der Arbeiter. Die Gerichte brachten es fertig, Urteile zur Entlassung anzuerkennen, die dem Arbeitgeber erst nach der Entlassung bekannt wurden! Es gab sogar Entlassungsgründe, die sich erst nach der Entlassung überhaupt ereignen konnten.

Angewandte Beleidigungen der Inspektoren, Verweigerung der Arbeit an einem Feiertag, Verweigerung von Ueberstunden und unüberlegte Redensarten waren alles Gründe, die die Gerichte bei Entlassungen für stichhaltig erklärten.

Fritz Faab führt in seiner Broschüre „Die Rechtsverhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter Deutschlands“ vom Jahre 1913 zahlreiche Fälle des begangenen Unrechts an: Er berichtet z. B. von einer Klage vor dem Landgericht in Kiel. Ein Landarbeiter auf einem hoffmeisterlichen Gute war entlassen worden, weil er sich weigerte, bei der Dreschmaschine länger als bis 6 Uhr abends zu arbeiten. Das Landgericht in Kiel gab der Klage des Besitzers am 28. März 1912 statt. Es entschied, der Kläger habe nach dem Zeugnis des Inspektors mit letzterem vereinbart, daß beim Einfahren bis 7 Uhr abends gearbeitet werden müsse. Der Inspektor habe weiter bekundet, daß nach seiner Auffassung das Dreschen aus der Höhe dem Einfahren gleichzustellen sei.

**Und das Gericht urteilte hiernach:**

„Mag dieses auch nicht ausdrücklich vereinbart sein, so muß doch aus der Lage der Sache geschlossen werden, daß das Dreschen dem Einfahren gleichzustellen ist, weil es in beiden Fällen sich darum handelt, das Korn vom

Felde und unter Dach zu bringen.“ Die widersprechenden Zeugenaussagen hat das Gericht einfach beiseite geschoben: „In Rücksicht auf die Interessiertheit der Zeugen, die ebenso wie der Beklagte sich gewiegert haben, über 6 Uhr hinaus zu arbeiten, und in Rücksicht ferner darauf, daß die Aussage des Inspektors der natürlichen Sachlage entspricht, hat das Gericht den Aussagen dieser beiden Zeugen nicht den Wert beigelegt, um die Aussagen des Inspektors entkräften zu können.“ Es schloß nur noch die Meinungsäußerung gegen die Landarbeiter, die hier ohne Erfolg um ihr Recht kämpften.

Ein anderer Landarbeiter wurde entlassen, weil er zwei Tage länger weg war, darunter einen Feiertag, als er Urlaub hatte. Bei der Entlassung durch den Verwalter sagte er, es sei gut, von einer solchen Schinderei loszukommen. Neben der unerlaubten Verjämmerung hieß das Landgericht in seinem Urteil vom Jahre 1912 die letztere Bemerkung allein für ausreichend, die Entlassung zu begründen. In dieser Äußerung sei nicht nur eine Achtungsverletzung, sondern auch eine unzweideutige Erklärung des Arbeiters zu finden, daß er mit der sofortigen Auflösung des Arbeitsverhältnisses einverstanden sei!

Das war das Recht der Arbeiter in Vorkriegszeit! Wohl sind heute auch noch Mängel vorhanden, wohl werden manchmal noch ungerechte Entscheidungen gefällt.

**Aber der neue Staat billigt Ungechtigkeiten nicht, er will sie nicht** — im Gegensatz zum früheren preußischen Staat, den die Herren Hugenberg, Seidte und Hitler wieder haben wollen!

## Ostelbische Wirtschaft!

Am 23. November 1906 hielt der Gewerkschaftsführer Legien im Reichstag eine scharfe Anklage gegen die Ausbeutung und Mißhandlung des schaffenden Landvolkes. Er zeigte, wie es um die Verhältnisse im preußischen Staat stand, den Hugenberg und Hitler wieder herbeiführen wollen. Legien sagte: „Ja, meine Herren, wie lange soll denn diese ostelbische Wirtschaft noch weitergehen? Wann soll denn endlich einmal mit diesen ostelbischen Grundbesitzern gebrochen werden? Woher kommt es denn, daß unsere ostelbischen Landarbeiter auf einer so niedrigen Kulturstufe stehen? Wie kommt es, daß sie förmlich

**wie das liebe Vieh zum Arbeiten getrieben werden?** Woher kommt es? Weil man sie in ihrer

Lebenshaltung noch tiefer stellt als das Vieh und weil unsere preußische Regierung und hier auch die verbündeten Regierungen die Hand dazu bieten, einen derartigen Zustand gewaltsam und durch Vorenthaltung der natürlichen Rechte aufrechtzuerhalten.

Legien forderte für das schaffende Landvolk vom Reich und vor allem von der preußischen Regierung das Koalitionsrecht, d. h. jenes Recht, sich in freibewilligen Verbänden zu organisieren und gemeinsam für Verbesserung der Lebenslage zu kämpfen. Der preußische Staat, den Hugenberg wiederhaben will, hat aber der Arbeiterschaft freiwillig keinerlei Rechte eingeräumt.

**Erst nach dem Zusammenbruch des Systems im Jahre 1918 gelang es, das größte Unrecht zu beseitigen.**

## Otto Brauns Ehrentitel!

Der preußische Ministerpräsident Otto Braun hat mit seiner Politik, die dem Volkswohl und dem Volksganzen dient, gezeigt, daß die Junkerherrschaft in Preußen vorüber ist und auf alle Zeiten vorüber sein muß. Als er in den Jahren 1918 und 1919 als preußischer Landwirtschaftsminister von den Junkern bestig angegriffen wurde, hat er gegen sie Sätze geschleudert, die seiner späteren Arbeit auch als Ministerpräsident Preußens immer voranleuchteten. Er trat für die Landarbeiterschaft ein, wie er für alle schaffenden Bevölkerungskreise nach besten Kräften die Staatsmacht einsetzte. Otto Braun sagte auf der Generalversammlung des Deutschen Landarbeiterverbandes im Februar 1920: „Wenn man in agrarkonservativen Kreisen für mich das Wort geprägt hat, ich sei ein Minister für die Landarbeiter, so nehme ich, wenn das auch von den Urhebern nicht so gewollt

war, es als Ehrentitel gern an. (Lebhafte Beifall.) Denn mir scheint es

**für einen Minister ehrenvoller, als Sachwalter von Millionen kleiner Bauern und Landarbeiter zu gelten, als sich zum willfährigen Werkzeug jener großagrarisches Konservativen machen zu lassen,**

durch deren Herrschsucht, Unverstand und Eigennutz das deutsche Volk mit in dieses Unglück gekommen ist. (Stürmischer Beifall.)“

So hat Otto Braun den Feinden des neuen Preußens vor zehn Jahren gesagt, wie das alte Preußen aussah.

„Preußisch regieren“ im Sinne Hugenbergs, Seidtes und Hitlers bedeutet Herrschsucht, Unverstand und Eigennutz.

**Wir aber wollen das Preußen Otto Brauns und Carl Severings**

# Wir wollen den Volksstaat Preußen!



Ne all ein Versehen wegen Landfriedensbruchs eingeleitet werden. Allerdings sind die Parteien nach erfolgter Vernehmung wieder auf freies Fuß gestellt worden, die Klage wurde nicht bestritten. Sie sind nämlich beim Nitteraussteiger Lehmann in Braumühl bei Schönebeck beschäftigt.

### Kreis Delitzsch

Delitzsch (Stadt)

#### Die Eisene Front ruft!

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Paul Herz (Berlin) spricht am Donnerstag, dem 21. April, abends 8 Uhr, im Schauspielhaus in der Wahlhubeung für Otto Braun und Carl Seering. Alle Genossen der Eisernen Front müssen erscheinen. Versteht für Massenbeteiligung.

Eilenburg

#### Ausbau der Genossenschaftsbewegung

Eine von der Hallenser Einheitsvereinigung zur Bekämpfung der Verarmungsgefährdung und Angehörigen der Konsumvereine eine beschließende Sitzung. Die Forderung war die Eigenproduktion. Genosse Benzin ging davon aus, daß die Konsumbewegung ein Teil der Wirtschaft ist, deshalb auch den Konsumveränderungen unterworfen ist. Die Eigenproduktion ist das A und O der Genossenschaftsbewegung. Jeder genossenschaftliche Funktionär muß seine ganze Bewegung, jeder einzelne und mit Hilfe der gesunde Verhältnisse zu schaffen. Weiter sprach von dem Vertreter der Malzfabrik und der Seifenfabrik. Am Ende von einmündigem Material wurde festgestellt, daß die Warenprodukte der GÖB in Qualität und Preiswürdigkeit die gegenwärtigen Produkte übertreffen. Die Mitglieder müssen deshalb geschult werden, verlor nur die Eigenproduktion zu verkaufen. An diese Referate schloß sich eine sehr lebhafte Debatte. So konnte Genosse Benzin am Schluß sagen, daß die Konsumvereine ihren Zweck erfüllt habe.

### Kreis Jorgau

#### Reinziehung und Waifeier

Manaburg. Einweihung wurde in der letzten Sitzung des Ortsausschusses des ADGB in der letzten Sitzung des Ortsausschusses erörtert und herbeigeholt, daß auch die heutige Gemeindegemeinde sich intensiver mit dieser Frage beschäftigen möge, um eventuell eine Anzahl Gewerkschaften durch Beschaffung geeigneter Mittel zur Reinziehung zu versehen. — Zur Waifeier wurde beschlossen, entgegen der großen Erwartung, im Lokal eine würdige Waifeier stattfinden zu lassen. Von den 30 in Arbeit stehenden Kollegen ist ein Selbstbeitrag von 30 Pf. zu entrichten; sämtliche Gewerkschaften sowie Rentner zahlen keinen Beitrag. — Weiter wurde noch auf die Teilnahme der Frauen hingewiesen und gefordert, daß jeder seine Pflicht bei diesen wichtigen Entscheidungen der Arbeiterklasse zu erfüllen habe, indem er für den Sieg der Liste 1 tritt.

#### Verstehe geschlagen

Belgern. Seit Jahren wurden die öffentlichen Veramteilungen der SPD von den Kommunisten immer zu brechen versucht. Gegen die Moskauer dort vor Jahren sogar einmal den Genossen Peters (Galle) mit Pistollenschüssen die Treppe hinuntergeschossen. Die Zeiten haben sich geändert, und so konnte die SPD, vor 14 Tagen erstmalig eine ungehinderte Verammlung mit dem Genossen Eick (Torgau) als Redner abhalten. Dessen Ausführungen hinterließen einen guten Eindruck und konnten mit der Stundungstimmen um 45 auf 367 liegen.

Gingen erzielten die Kommunisten beim ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl 56 Stimmen weniger als 1936 und beim zweiten Wahlgang hielten deren Stimmen nochmals um 131 auf 483.

Es tritt auch die in Erscheinung, daß ein Teil von unpolitischen Stimmen für die SPD abgegeben werden. Wenn man die „Sozialfaschisten“ nach kommunistischer Ideologie an allem schuld sein sollen, werden die Kommunisten aufgefordert, unter Verammlung möglichst zu hören, doch ist das planmäßig vorbereiten. Als wir am Sonntag wieder eine gute öffentliche Verammlung mit dem Genossen Koster (Tredern) und dem Genossen Seifert (Wima) als Referenten abhielten, wurden die Zuhörer durch die Verhältnisse der politischen Situation der Arbeiter werden ihren Zweck erreichen und sich auch von Belgern ein für uns günstiges Wahlergebnis zu erwarten sein.

Alteig. Eine Reihe von Anträgen mit. Überhalb der Großtender, wurde wieder die Partei einer öffentlichen Verammlung angenommen, die mehrere Verlesungen aufwies. Die Referenten der Listen sind noch nicht bekannt. Die Angelegenheit wird von den zuständigen Behörden geprüft.

Domnitz. Nord? Am Sonntag fand man bei Glöns, nahe der Ube, die Verstehe einer jungen weiblichen Person. Die Liste ist wider von dem Genossen Seifert angenommen worden. Die Verstehe lautet: Nord und ist von mittlerer Größe. Die Verstehe weist mehrere Verstehe und eine schwere Schadelverletzung auf. Zur Zeit sind die gerichtlichen Untersuchungen noch nicht abgeschlossen, jedoch wird allgemein angenommen, daß ein Nord vorliegt.

Domnitz. Ein tragisches Unglück trug sich am Sonntag in der Familie des Arbeiters A. Nitterzahn vor. Ein Sohn von ihm wollte seine Schuld aufbinden und nahm hierzu eine Gabel. Er rutschte und verlor ab und sich ins ins Feuer. Der sofort hinzugekommene Arzt ordnete eine Lieberführung ins Torquar Krankenhaus an. Wie man hört, soll das Auge verloren sein.

### Kreis Siebenbrunn

#### Werkgemeinschaft der Zubiag im deutschnationalen Schöppau

In die Verhältnisse auf den Zubiag-Werken hat wieder einmal eine Verammlung vor dem Landesarbeitsgericht in Halle in der Sitzung am 14. April stattgefunden. Der Arbeitsrat auf der Zubiag besteht bekanntlich in der Mehrheit aus Werkgenossenschaftlern. Freigewerkschaftler will man dort nicht haben; bei Entlassungen werden solche mit Vorliebe bevorzugt. Auch im vorliegenden Fall handelt es sich um eine Entlassung aus Zündengründen, weshalb gegen die gefasste Betriebsratsmitglieder auf Schadenersatz Klage geführt wird.

Geschäftsführer des Werksvereins ist Herr Hiescher, der gemeinsam mit dem Zubiag-Direktor Geiger sich alle erziehlliche Mühe gibt, die gelbe Zündungsfabrik zu erhalten. Es wird eine eigene Verammlung herausgegeben, für die vom Zubiag Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Werkgenossenschaftler erhalten Arbeitsprämien, die es für Freigewerkschaftler



### Verstehe auch politische Auffklärung!

In vielen Orten unseres Wahlkreises finden in den nächsten Tagen noch Wahlhubeungen der Sozialdemokratischen Partei. Näheres siehe im Infanterienteil.

#### „Die roten Katten“ Sorgt überall für Massenbeteiligung. Rißt die Zeit. Agitiert für den Sieg der Liste 1 Braun-Seering

Der Unorganisierte nicht gibt. Bei Veranstaltungen des Werksvereins zeigt sich die Werksleitung in jeder Beziehung feindlich. Bei Einstellungen werden Werksgenossenschaftler und Stahlhelfer bevorzugt.

Dieses wird möglichst nur solche Arbeiter eingestellt, die sich verpflichten, der Werksleitung beizutreten. In dieser Weise können noch alle anderen Momente aufgeführt werden, die zeigen, wie Andersdenkende terrorisiert werden. Dabei mochte die Versteigerung anlässlich der Reichspräsidentenwahl jetzt wieder zu fallen von „erneuter Wertschätzung des Marxismus“, von „Lerz des freigeberkschaftlichen Klügelings“, wenn Hindenburg wiedergewählt würde. Die Terroristen der Zubiag haben es wirklich nicht nötig, andere des Lertors zu bedrohigen.

Das Gericht ist jetzt dabei, zu prüfen, inwieweit der Werksverein abhängig von der Versteigerung. Daraus ergibt sich dann, ob er überhaupt tarif- und parteifähig ist. Wir werden darauf, noch zurückkommen, da diese Frage von grundsätzlicher Bedeutung ist. Im Zusammenhang mit vorstehender Angelegenheit interessiert aber noch eine andere Frage. Am nächsten Sonntag findet bekanntlich

#### Wahl zum Freudenlandtag

statt. Die Arbeiterkraft hat alle Ursache, dafür zu sorgen, daß ihre Vertretung dortselbst eine recht starke ist. Nun muß man der Arbeiterkraft der Zubiag-Werke zu, die Kandidaten der Deutschnationalen zu wählen (!), denn man hat aus spekulativen Gründen den Vorsitzenden des Werksvereins der Zubiag, den bereits erwähnten Herrn Hiescher, als Kandidat auf der deutschnationalen Landtagsliste unseres Bezirks aufgestellt. Da aber die Deutschnationalen als Partei der Grundbesitzer, niemals Arbeiterinteressen vertreten können, müssen die Arbeiter der Zubiag klar erkennen, daß Herr Hiescher samt seinem Werkereinteressen verhalten sich zueinander wie Feuer und Wasser. Weder deutschnational noch eine andere faschistische Partei kann auch für den Zubiag-Arbeiter in Frage kommen, sondern einzig und allein die Sozialdemokratische Partei, die wirklich die Interessen der gesamten Arbeiterkraft vertritt. Alle Arbeiter wählen deshalb am nächsten Sonntag die Liste 1, Braun-Seering!

Tab Liebenberg. Der Arbeiterpostmarkt ist. Am Donnerstag fanden sich interessierte Genossen im „Schuppenhaus“ ein um die Gründung eines Arbeiter-Fußballklubs vorzunehmen. Sämtliche Anwesenden waren für die Gründung und Anschließung an den Arbeiter-Turn- und Sportbund. Die Dopa hatte von der Verammlung Kenntnis erhalten und wurde die Werkskommission für den Klub Kampfbund. Der Vorsitzende hatte aber den Weg von Bodenbeispiel umhüllt. Er erhielt die richtige Klubs, und als er seinen Klubsnamen aussuchen konnte, verstand er wieder. Der Sportklub soll so bald als möglich aufgenommen werden. Die Liebenbergs sind heute Donnerstag. An den Sportklub und Gewerkschaften liegt es nun, die Jugend in den Verein einzutreiben, damit es auch im Sport bei uns vorwärtsgeht.

Altterherba. Beim Tanz in den Tod. Die 18-jährige Margarete Strenge von hier, die auf einem Bergbau mit ihrem Schwager Walter tanzt, wurde mitten im Tanz vom Herzschlag ereilt. Ein schnell herbeigekommener Arzt konnte nur noch den bereits eingetretenen Tod feststellen. Die 10-jährige Tochter des Verstorbenen ist verheiratet.

### Sport und Spiel

#### Kartell für Arbeiterpost und Körvernährige Sozialistik

Lehrgang für jugendliche Gewerkschaftler. Am Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag der Wochen von 3. bis 20. Mai 1932 findet im Jugendheim zu Tüllitz ein Lehrgang für Gewerkschaftler statt. Der Lehrplan liegt für die Tagesstunden von 9 bis 17 Uhr vor. Alle Arten der Verlesungen, Vorträge, erste Hilfe, Sport, Turnspiele u. a. m. Gewerkschaftler und die Teilnehmer bei der Gründung bekanntzugeben. (Der Tagesplan des 5. Mai (Sonntagsfahrt) wird noch getrennter. Aus Angabe eventuell auf einen anderen Tag verlegt.) Verlesungen, Wanderungen usw. werden zu berichten.

Teilmannredaktion sind alle Gewerkschaften aus dem Sozialkreis (männlich und weiblich), vor allem im Alter bis zu 23 Jahren. Rosten entstehen den Teilnehmern nur für Fahrt und eventuelle Unterfrucht. Bei Entfernungen über 12 Kilometer wird Frei-

quartier bereitgestellt. Mittagessen und Kaffee werden kostenlos geliefert.

Verlesungen sind bis Montag, dem 25. April 1932, an der Poststraße, Halle a. S., Deutscher Straße 15, einzutragen. Der Lehrgang findet nur bei Bestätigung einer bestimmten Mindestzahl statt. Deshalb werden alle Interessenten um pünktliche Verlesungen ermahnt.

Die Verlesung erfolgt mit Angabe der Aufschrift: der Stempelkarte, da Kontrolliert und Zahlung der Unterfrucht dem Lehrgang angepaßt werden. Jeder Teilnehmer verpflichtet sich mit Abgabe der Verlesung zur regelmäßigen und pünktlichen Beteiligung und übernimmt die Verantwortung bei Nichtbeteiligung gegenüber dem Arbeitsrat selbst. Jeder Teilnehmer erklärt sich bereit, das im Lehrgang erzielte Ergebnis nach besten Möglichkeiten im Sinne der Erhaltung der Volksgemeinschaft zu verwirklichen.

Zur Beachtung: Zur einmündigen Vorbereitung müssen die Verlesungen spätestens am Montag, dem 25. April 1932, eingehen!

#### Ausbau der Freundschaftskorpsen

Am Sonntag, dem 10. April, fand in Heilsberg die erste diesjährige Kinderkammerfeier statt. Die hier folgenden Korpsen sind: 1. Heilsberg-Korps; 2. GutsMuths-Korps; 3. Heilsberg-Korps; 4. Heilsberg-Korps; 5. Heilsberg-Korps.

Die Verlesungen wurden pünktlich 8.30 Uhr vom Genossen Reich (Heilsberg) eröffnet. Nachdem ein gemeinsames Kantinengebäude für die Teilnehmer herbeigeführt wurde, ging man zu den Verlesungen aus „Jungvolk“ Nr. 2 über. Dann war Bruderdorf (Genosse Reich) an der Reihe. Für den verlesenden Leiter sprang Genosse Reich (Heilsberg) ein und leitete zwei Beispiele. Darauf zeigte Genosse Fräger (Heilsberg) Beispiele. Der Punkt war ebenfalls sehr interessant. Als nächstes wurde der Arbeitshelfer (Genosse Reich) an der Reihe. Die Genossen Krause (Heilsberg) und Gähde (Cruen) im Gewerbe-Rundreisen die Führung. Im Anschluss hieran fand eine Verlesung des Lehrgangsstoffes statt.

Der Genosse Reich gab nun als Leiter der Freundschaftskorpsengruppen den Jahresbericht. Die Verlesung hat sich gut entwickelt. Der Punkt war ebenfalls sehr interessant. Als nächstes wurde der Arbeitshelfer (Genosse Reich) an der Reihe. Die Genossen Krause (Heilsberg) und Gähde (Cruen) im Gewerbe-Rundreisen die Führung. Im Anschluss hieran fand eine Verlesung des Lehrgangsstoffes statt.

#### Resultate vom Saltenhofwettbewerb

Bei dem am Sonntag veranstalteten Saltenhofwettbewerb der Freien Schützener und Rauschhofer Halle-Betten wurden in den Hauptgruppen folgende Resultate erzielt:

- Besten-Schießer der Männer: Rauschhofer Halle 8x100 Meter: 1. Schütz 9:58; 2. Schütz 9:14; 3. Schütz 8:24; 4. Schütz 8:24; 5. Schütz 8:24; 6. Schütz 8:24; 7. Schütz 8:24; 8. Schütz 8:24; 9. Schütz 8:24; 10. Schütz 8:24.
- Besten-Schießer der Frauen: Rauschhofer Halle 8x100 Meter: 1. Schütz 9:58; 2. Schütz 9:14; 3. Schütz 8:24; 4. Schütz 8:24; 5. Schütz 8:24; 6. Schütz 8:24; 7. Schütz 8:24; 8. Schütz 8:24; 9. Schütz 8:24; 10. Schütz 8:24.

#### Sporamliche Bekanntmachungen

- 6. Brief. (Halle). Spiel für Donnerstag, dem 21. April, 18 Uhr: Spaltenhof II - Teufelhof II (Keller, Kellner).
- 6. Brief. 1. Gruppe. Sonntag, dem 24. April, vorm. 10.00 Uhr, findet in der Spaltenhofhalle in Halle unter der Leitung von Herrn... (Text unvollständig)
- 6. Brief. (Halle). Das Musikspiel am 5. Mai soll auf bringen werden. Das Spiel für diesen Tag verlegte Spielbetrieb nicht bekannt gegeben.

Berichte deutlicher schreiben! — Keine Abkürzungen verwenden!

Verantwortlich für Inhalt, Redaktion, Druck und Vertrieb: Ernst Seifert, Halle a. S., Poststraße 15. Druck: Druckerei „Die Arbeiter“, Halle a. S., Poststraße 15.

**An Zucker sparen?  
Grundverkehr!!  
Der Körper braucht ihm  
Zucker nährt!**

**Hotel Weltkugel**  
am Bahnhof

Modern eingerichtete Fremdenzimmer mit fließendem Wasser. Großes Bier- u. Speisestaurant mit Frühstückstisch. Bierschänke mit Kellner.

**Bei Harstadt**  
Halle (Saale) in Große Ulrichstraße 95 bis 61  
Kaufmann, Metzger und Fleischer



# Und wenn sie es noch tolerer treiben: Braun und Severing müssen bleiben!

Reichsbanner-Banner der SPD.

Karlsruhe, 20. April.

Die badiſche kommunistiſche Landtagsfraktion zieht den Antrag auf Verbot des Reichsbanners zurück.

Zu Beginn der heutigen Vormittagsſitzung des Badiſchen Landtags verlas der Abgeordnete Wolf (Komm.) eine Erklärung, daß die Beſtätigung der SPD. Baden-Pfalz den Antrag der kommunistiſchen Fraktion betreffend Verbot des Reichsbanners uſw. als einen ſchwereren politiſchen Fehler bezeichnend und ſeine Zurückziehung veranlaßt. Abgeordneter Wolfleitner wird ſeines Poſitens als Fraktionsvorſitzender der SPD. entſchieden. (Zurufe der Sozialdemokraten: Das iſt ein ſchwarzer Tag für euch! und im Zentrum: Heil Noſtau!)

Es iſt alſo feſtzuſtellen, daß die SPD. angeſichts der ungeheuren Entſcheidung der Arbeiterſchaft über den Antrag ſehr ſchön einen Rückzug angetrieben hat. An der ſchweren Verſelbstwollung, die ſie gegenüber dem Reichsbanner geſpielt haben, wird dadurch nichts geändert.

Hinter, den Führer in Mord und Chaos,  
oder  
Braun und Severing,  
Die Führer zu Freiheit und Aufſtieg?  
Volk, entſchiede ſelbſt!

## Noch ein „Fall Langewieſen“?

Lebe der reaſſionären Preſſe

Dresden, 19. April. (Eigenbericht.)

Die ſchlechte Redakſion, die angeſehen einen zweiten Fall Langewieſen ausſtellen möchte, meldet aus Hausdorf, Kreis Waldenburg, daß der dortige Oberlandesgerichtspräsident bei einer Durchſuchung der Wohnung des nationalſoziaलिſtiſchen Dr. Langewieſen zwei Reichsbannerhefte als ſittlich verwerflich erachtet habe, und daß die beiden Reichsbannerhefte mit entſprechenden Ausweifen des Landrats in Waldenburg verſehen worden ſeien. Wie wir dazu erfahren, hat der Oberlandesgerichtspräsident ſeine Ermittlungen Zeugen wünfchte, den beiden Angehörigen des Reichsbanners ſelbſt poliſtelle Befugnis erteilt. Von einer Bemerkung des Reichsbanners als Hilfspolizei kann demnach auch in dieſem Falle keine Rede ſein.

## Das Geſchäft mit dem Totſchlag

Ein ſindiger Metallwarenfabrikant in Gera, der die Zeichen der Zeit verſtanden hat, intereſſiert:

„Ein Artikel, der jetzt geht! Vertreter auf eigene Rechnung für Geſchäftsbekämpfung geſucht. D. R. M. 11111111 bei Parteien, Reichsbanner, Arbeiter L.S. Markt.“  
Ob der Mann nach der Bekämpfung der SA. viele macht? Wenn aber das ſaubere Geſchäft, die Spekulation mit Mord und Totſchlag, nach dem Einſtricken des Saites gegen die SA. nicht mehr geht, dann wird er ſicher ſagen: Die Sozialdemokratie iſt an allem ſchuld! Auch daran, daß jene Induſtrie nicht mehr floriert, die ſich mit der Herſtellung von Bürgerkriegswaffen beſchäftigt. Dieſen Vorwurf wollen wir dann gerne tragen, wenn es durch unser Wirken gelingen ſein wird, den Bürgerkriegsähnlichen Zuſtänden in Deutschland ein Ende zu machen!

## „Alkohol“ und die Hindenburgwahl

Das offizielle Organ des Deutſchen Bauernvereins-Bundes, „Allgemeine Volksſtimme für die Praxis der Spiritus-, Kornbrennerei- und Preſſe-Induſtrie“, führt den ſchönen Namen „Alkohol“. In dieſem Geiſte hat das Blatt Stellung genommen zum Wahlverſtand vom 10. April:

„Allo Herr von Hindenburg ſi unser Aufbietung einer riefen vom Steuerzähler gegabten Propaganda wieder zum Reichspräsidenten gemächt worden, und zwar nach der Verfaſſung auf ſieben Jahre. Ob der Himmel damit einverstanden ſein wird, müſſen wir abwarten.“  
In dieſem „allgemeinen“ Geiſte ſind unſere Wähler zu beſuchen, der Himmel möge ein Einſehen mit den Nationalſoziaलिſten haben, und Hindenburg vor Ablauf ſeiner Amtszeit ſterben laſſen. Dieſer fromme Wunſch kommt von einem Organ, deſſen Beſitzer von den Großgrundbesitzern abhängig ſind. Man ſiebt, in welchem Geiſte dort geſchrieben wird!

## Hoher Richter beſchimpft Hindenburg

Was in Frankfurt a. M. möglich iſt

Frankfurt a. M., 19. April. (Eigenbericht.)

Eine große Beſchimpfung des Reichspräsidenten hat ſich der Senatſpräsident Heilmann am Oberlandesgericht Frankfurt a. M. geſtellt. Dieſer Beamte der Republik, der Vorſtandsmittglied der Frankfurter Deutſchlandſonaten ſi, ſchrieb in der „Frankfurter Post“:

„Nach ſchlimmer ſi das Vorgehen der Reichsregierung gegen die ES. und SA. der Nationalſoziaलिſtiſchen Partei. Unmittelbar nach der Wahl Hindenburgs, nachdem er gerade Anwendung des Gefehes gelobt hat, gerichtet er die Waſſe ſeines Gegenſandbates. Waſte der 85-jährige, was er tat? Nach den Geſetzen der Natur iſt die ſelbſtändige Entſchließbarkeit in dieſem Greifenalter nicht mehr vorhanden. Wunſte Groener, was ſeinem Herrn vorſchlag?“

## Eine Terrorausſtellung

Die Liga für Menſchenrechte eröfnet in Berlin eine Ausſtellung gegen Terror und Gewalt“. Von den Dokumenten der Ermordung Kurt Eisners wird bis zum Vorſchauer Maniſſeſt all das Material gezeigt, das in den letzten 13 Jahren poliſtelle Morde und poliſtelle Terror heraufbeſchworen und Deutſchland zu einem von der Nazibarbarei bedrohten Land gemacht hat.

## 1415000 Wohlfahrtsvermerksloſe in Preußen

Wie der Amtliche Preußiſche Preſſenbericht mitteilt, ſind nach der Erhebung des Preußiſchen Statiſtiſchen Landesamts vom 31. März

1932 in Preußen 1414500 von Arbeitsamt anerkannte Wohlfahrtsvermerksloſe (einfachlich der am Stichtag noch ſchwebenden Anmerkungsſälle) bei den Bezirksfürſorgeveränden geſchätzt worden gegenüber 1329384 Ende Februar. Somit ergibt ſich auch im März wieder eine Zunahme um 85206 Wohlfahrtsvermerksloſe oder 6,4 Proz., die ſich ebenſo ſtark ſi wie die Steigerung im Februar (89079) und während des Vierachs des Jahres im Vergleichsmonat des Vorjahres (22892) beträgt. Gegen den 31. März 1931

iſt die Wohlfahrtsvermerksloſenſchaft um 710586 oder 100,9 Proz. geſtiegen. Auf 1000 Einwohner entfallen im Staatsdurchſchnitt jetzt 37,1 Wohlfahrtsvermerksloſe. 49872 Wohlfahrtsvermerksloſe haben in Fürſorge- oder Noſtlandsarbeit geſtanden. Wie in den vorhergehenden Monaten iſt auch im März der Zugang an Wohlfahrtsvermerksloſen in den Verbänden (mehr 9,6 Proz.) und freisorgwürdigen Stätten (plus 7,3 Proz.) wieder verhältnismäßig ſtark geſtiegen als in den Stadtkreisen (plus 5,6 Proz.).

# Die dänische Lucretia Borgia

## Spiel mit dem Mord

Kopenhagen, Mitte April. (Eigenbericht.)

Die Kopenhagener Staatsanwaltschaft hat gegen ein junges, bildhübsches Mädchen, Jenny Barjen, Anklage wegen Mordverſuchs in mehreren Fällen erhoben — Dänemark — das geſchickte Kind, in dem ſich das Verbrechen blickt, noch ſeltener als anderswo in Verbindung mit der Schönheit liegt — iſt in heller Aufregung; die Preſſe erinnert an Jenny Barjens berühmte Vorgängerin, die ſchöne Lucretia Borgia, die vor etwa 400 Jahren einen regelrechten Kult des Giftmordes ausbildete; die braven Bürger des Landes ſchütteln ſich, daß ſie nun ſolch einen Vampir ſoſagen in den eigenen Reihen haben ſollen.

Jenny Barjen hat im übrigen das letzte „Glück“ und Geſicht geſehen, um zum Ziele, das ſie aus materiellen Gründen erſtrebt, zu gelangen. Zunächst verlor ſie ſich mit Gift; ſie wurde plötzlich krank; ſuchte über Schlafloſigkeit; beſam vom Arzt ein Veronalrezept und verſand ſie, ſich auf dieſe Reſepit in verſchiedenen Apotheken eine beträchtliche Menge von Veronal zu verſchaffen. Dann ſchritt ſie zur Ausſührung ihres Planes: ſie bot ſich in Zeitungsanſtellen als Köche und Geſellſchaftlerin alleinstehender Damen an. Im letzten Fall, bei der Bekämpfung der Affäre führte, meldete ſich eine ſchöne reiche Witwe. Barjen akzeptierte die Stelle und verſand ſich bald ausgeſtattet mit der alten Dame, die nach heute, nach der Entdeckung der Gründe dieſes „Verſehens“, nicht glauben will, daß ſich ihre ſo geübte und ſchöne Geſellſchaftlerin mit den gemeinen Mordabſichten getragen haben ſoll.

Nachdem Jenny einige Wochen ihren Geſellſchaftlerinnen-Dienst getan hatte, kündigte ſie eines Abends an, daß ſie am folgenden Tag ihren Geburtstag feiere. Dieſer private Feſttag wurde dann auch bei Kaffee und Kuchen begangen; die alte Dame ſoll recht vernünftig gewesen ſein, bis ſie — gegen Abend — plötzlich beſinnungslos wurde. Jenny brachte ſie zu Bett. Zufällig kam ſpäter noch eine Verwandte vorüber, der der Schlaf der Alten und die Sorgenloſigkeit der Jungen doch nicht ganz geheuer vorkam: ſie ließ ſofort einen Arzt holen, der die Überwachung der Witwe in ein Krankenhaus anordnete. Hier wurde feſtgeſtellt, daß der Magen der alten Dame Veronalspuren aufwies. Man glaubte jedoch, daß die Geſtirn dieſes Schlafmittels in zu großer Quantität ſelbſt benutzt habe und erſtattete keine Anzeige. Lieberſchuldung und Veracht ſtellten ſich erſt ein, als man die Kranke wieder in ihre Wohnung gebracht hatte. Jenny Barjen war inzwischen verſchwunden und hatte alle Verſuchen mitgehen helfen. Die Polizei konnte indes die ſchöne Giftmörderin nicht finden.

Den Diebſtahl gab Jenny Barjen offen zu. Den Mordverſuch laugnete ſie erſtlich ab. Aber bei der Unterſuchung des Verſehens der Verſchalteten machte die Polizei recht intereſſante Feſtſtellungen. Das junge Mädchen hatte ſich öfters Stellen als Geſellſchaftlerin geſucht und immer bei alleinstehenden alten Damen. Nach eigenem Willen gab Jenny immer einige Wochen nach ihrem Dienſtantritt irgendein Feſt feierte, zu dem ſie ihre jemeilige Herrin einlud. Und noch ſeltener mutete es an, daß die alten Damen ſiets nach dieſem Feſt an Vergiftungserscheinungen erkrankten und leſtens während derſelben von einem unbekanntem Täter dieſelbſt in den Kauf der Kranken verſetzt wurden. Da niemand auf die Vermutung kam, daß Jenny Barjen, die ſiets die Freundlichkeit ſelber gemeint war und außerdem aus einer angeſehenen Familie kamme, der myſteriöſe Verbrecher ſein konnte, war ihr gefährliches Treiben lange Zeit unentdeckt geblieben.

## Dem Gedenken Otto Hues

Zehnte Wiederkehr ſeines Todestages

Am 19. April ſchrieb ſich zum zehnten Male der Todestag Otto Hues, des großen Führers der Bergarbeiter. Als Hues nach, heute man nicht nur in den Grubenrevieren, ſondern in ganz Deutſchland auf „National und international war Hues der Wortführer der Bergarbeiter, und es gab nicht viele, die ſeinen Namen nicht kannten. Die Art und Weiſe ſeiner Verhandlungsführung und das Inſingende ſeines Vortrages ließen bei den Freunden Bewunderung und bei den Gegnern Achtung und Anerkennung aus.

Den Tod Hues würdigte der damalige Reichspräsident, unſer unvergesslicher Friedrich Ebert, in einem Brief an den Bergarbeiterverband. In dieſem Schreiben heißt es u. a.: „Mit dem Verſtand der Bergarbeiter betrachte ich ſie den frühesten Heimgang dieſes prächtigen Mannes, in dem ich zugleich einen treuen Freund ſehle. Was er in der Geſellſchaftsbewegung, inſofern für die Bergarbeiter, und auf ſozialpolitiſchem und nationalſchaftlichem Gebiete geſchiet hat, ſind unergängliche Verdienſte. Me ihm neben der Guterkeit ſeines Charakters und Strebens ein dauerndes ehrenvolles Andenken ſichern.“

Hue war, obwohl er als Redakteur nie formell dem Vorſtand angehörte, doch der eigentliche Verbandsführer. Heinrich Umbreit, der nach Hues die Redaktion der „Bergarbeiterzeitung“ übernahm — er wurde erſt vor kurzem vom Tode heimgesucht — hat das Leben ſeines Vorgängers in dem Buch „Über die Jahre Bergbau und Bergarbeiterarbeit“ geſchildert. „Abraham“ ſagt Umbreit, „war Hues kein Redner, er mußte zu öffentlichen Reden ſtärklich gezwungen werden. Dann aber wirkte er immer würdig durch ſeinen einfachen ſachlichen Vortrag, der mehr und mehr auch vom Temperament durchglüht wurde. Lautlos horchte man ihm im Landtag und im Reichstag wie auf den Generaſerſammlungen des Verbandes zu.“

## Geänderte Wahlzeit bei Preußenwahlen

# 8 bis 5 Uhr!

Die bauernbe Anfragen zeigen, ſind ſich viele deutſche Wählerinnen und Wähler nicht darüber klar, daß bei der Wahl zum Preußiſchen Landtag am kommenden Sonntag, dem 24. April, im Gegenſatz zu den beiden Reichspräsidentenwahlen die Wahlzeit von

8 Uhr morgens bis 5 Uhr nachmittags dauert! Aber alſo nach 5 Uhr kommt, in der Meinung, er könne, wie bei den Präsidentschaftswahlen, noch bis 6 Uhr ſein Wahlrecht ausüben, geht ſeiner Stimme verluſtig! Bitte merken und weiterſagen: Wahlzeit am Sonntag, dem 24. April, nur von 8 bis 5 Uhr!

## Der Kampf um Wien

Wahltag auch in Deutſchſtierreich

Mit Preußen und anderen deutſchen Ländern wählt auch Deutſchſtierreich am 24. April. An zweien ſeiner Bundesländer ſind die Landtage zu erneuern, in zwei anderen die Gemeinderäte. Weitau die wichtigſte Wahl iſt die Entſcheidung der Wiener Wähler. Sie erinnern mit ihrem Gemeinderat zugleich ihren Landtag, da Wien als eigenes Bundesland gilt.

## Frankreichs Angeſtelle ehren Goethe

Der Gewerkschaftsbund der Angeſtellen veranlaßt aus Anlaß des Goethe-Jubiläums vier Vorträge. Der erſte wurde am Montagabend gehalten. Der Leiter des Germaniſchen Inſtituts der Pariser Uniſerität, Profeſſor Richterberger, ſprach über den erſten Teil des „Faust“. Der Reinertrag der Veranſtaltungen wird der Arbeitsloſenſchaft des Verbandes zugeteilt.

## Börsen, Märkte und Handel

Berliner Getreidebörsen vom 19. April

### Abgeſchwächte Stimmung

Wie der Berliner Produktentſche war am Montag die Stimmung bei den Getreidebörsen durch den Preußiſchen Einfluß von Futterweizen ſens ein etwas größeres Angebot an mittleren Qualitäten hervor, bei den Konſum der Weizen nicht entſchieden. Untergeſehen mußte die Botschaft werden, daß ein Markt beſchränkt werden. Ein großer Teil der Getreidegüter zeigte ſich nur wenigtliche Anhebungen, die nach unten wiefen. Der Roggenmarkt wechelte meiste in ſeiner Lage. Die Weizenmärkte blieben ruhig. Die Getreidebörsen ſahen ſich teilweise ſehr ſchwachen. Der Weizenmarkt blieb ſtill bei unveränderten Forderungen der Mühlen. Später war ſchwacher Verant.

|                          | 18 April    | 19 April    | (ab nächſte Station in Reich) |
|--------------------------|-------------|-------------|-------------------------------|
| Weizen                   | 203-206     | 203-204     |                               |
| Roggen                   | 190-190     | 190-190     |                               |
| Getreide und Anbaugeräte | 180-180     | 180-180     |                               |
| Kaſe                     | 104-109     | 104-107     |                               |
| Getreidemehl             | 217-220,50  | 217-220,50  |                               |
| Getreidemehl             | 26,25-27,75 | 26,25-27,75 |                               |
| Getreidemehl             | 11,00-11,25 | 11,00-11,25 |                               |
| Getreidemehl             | 10,40-10,70 | 10,40-10,70 |                               |

### Berliner Viehmarkt

Bei gutem Angebot und geringem Angebot konnten ſich die Schweinepreise am Dienstag behaupten. Dagegen ſinken ſich am Donnerstagmorgen die Preise für die Rinder. Die Preise für die Rinder ſinken ſich am Donnerstagmorgen. Die Preise für die Rinder ſinken ſich am Donnerstagmorgen.

Auf den da König  
Ihr alle braven  
Wer Deutſchland  
liebt wählt

**OTTO  
BRAUN**

Liste

